



m)

medico international

rund- schreiben 04/16

Nordirak & Libanon: Flucht und Hilfe
Westafrika: Migrationspolitik von unten
Gesundheit: Tribunal gegen Monsanto

Kommentar: Es geht auch anders! 4
Flüchtlingshilfe in Kurdistan/Irak 8
Syrien und die UN 14
Nothilfe im Libanon 16
Repressionen in der Türkei 21
Projekte - Projektionen 22
Migrationspolitik in Westafrika 24
Gesundheit: Monsanto-Tribunal 29
Rohstoffraub in der Westsahara 32
Beweisführung in Textilklage 34
Resilienzdebatte 36
stiftung medico international 40
medico aktiv 42

Liebe Leserinnen und Leser,

Haifa al-Eid möchte zurück nach Deir ez-Zor, eine Stadt mit 200.000 Einwohnern, gelegen in einer fruchtbaren Region, umgeben von Baumwollfeldern. Die Hängebrücke über den Euphrat ist eine Touristenattraktion. Besser: War es. Denn Deir ez-Zor ist eine umkämpfte Zone des Krieges in Syrien, auf die Regierungsbomben fallen und von der aus islamistische Gruppen Videos von Hinrichtungen in alle Welt schicken. Haifa al-Eid ist diesem Geschehen entflohen und lebt mit ihrer Familie seit vier Jahren im Libanon, in Burj el Barajneh südöstlich von Beirut. In Deir ez-Zor besaß sie ein mehrstöckiges Haus, hier mietet sie für 200 Dollar einen feuchten Verschlag, in dem der Putz von den Wänden bröckelt. Burj el Barajneh ist einer der vielen ungenannten Orte des Planeten der Flüchtlinge. 1948 schon kamen Palästinenser, später irakische Christen, dann Kurden aus Syrien und verarmte Libanesen. Heute ist Haifa eine von

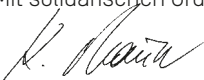
über einer Million syrischer Kriegsflüchtlinge im Libanon. In dem kleinen Land ist heute mehr als jeder vierte oder fünfte Mensch ein Flüchtling. Und Europa wähnt sich überfordert.

Wenn ich vom Libanon berichte, den ich im Oktober 2016 besucht habe, begegnet mir häufig ein merkwürdiges Argument: Diese Länder seien Flüchtlinge schließlich gewöhnt. Der 91-jährige Soziologe Zygmunt Baumann, der die Verfolgung der europäischen Juden durch Nazi-Deutschland überlebte, bezeichnet solche Sätze als „Sünde der Gleichgültigkeit“. Die Enthumanisierung der Flüchtlinge, so Baumann, verweigere ihnen Mitgefühl und Solidarität. Dabei: „Es gibt keinen anderen Ausweg aus der Krise, in der sich die Menschheit befindet, als die Solidarität.“ Dieser Satz von Baumann beschreibt die Idee, der sich medico international in der Arbeit mit Partnern im Libanon wie in vielen anderen Regionen der Welt verpflichtet fühlt. Beispiele für eine gelebte Praxis der Solidarität zum Teil über tiefe historische Gräben hinweg finden Sie in diesem Heft an vielen Stellen.

In einer „unheilbar ambivalenten Welt“ (Baumann) ist Solidarität die einzige Idee, die sich der weithin verbreiteten Rede von der Alternativlosigkeit widersetzt. So wichtig es ist, diese Solidarität an vielen Orten konkret auszuüben, so bedeutsam ist es, Institutionen des Gemeinwohls einzurichten und zu verteidigen, die für die Verwirklichung und den Schutz der Menschenrechte sorgen. Hannah Arendt nannte das: das Recht, Rechte zu haben. Menschenrechte lassen sich nur als Teil einer rechtlich verfassten Gemeinschaft sichern. Dies ist heute eine Herausforderung von globaler Dimension. Dafür bedarf es Institutionen, die über Ländergrenzen hinweggehen. Hierfür Alternativen zu entwickeln, ist eine Aufgabe, der sich auch medico stellt, sei es in internationalen Vernetzungen oder auf gemeinsamen Konferenzen. Dieser Aufgabe werden wir uns auch im neuen Jahr widmen – angesichts der rechtspopulistischen und rechtsradikalen Gefahr umso mehr.

Wir bitten Sie wie immer um eine Spende für medico in der Hoffnung, dass wir mit diesem Heft erneut die Grundprinzipien unseres solidarischen Handelns zeigen können. medico international und unsere Partnerinnen und Partner sind Teil eines globalen Netzwerkes, das sich als eine politische Bewegung der Solidarität versteht, in dem die Menschenrechte und das Recht auf Rechte eines jeden und einer jeden leitendes Motiv des Handelns sind.

Mit solidarischen Grüßen




Die bunten Sonnenschirme sorgen im Innenhof des Jugend- und Kulturzentrums im nordirakischen Kifri für etwas Schatten. In einer angespannten Situation sind sie auch ein Symbol der Hoffnung. Mehr über die Lage vor Ort und die solidarische Arbeit des Zentrums finden Sie ab Seite 8.



Es geht
auch an-
ders!



Gegen Trump & Co hilft nur die Verteidigung der Vielfalt und der Solidarität

Von Thomas Gebauer

In einem sind sich rechte Populisten mit den herrschenden Wirtschaftseliten einig: Beide pfeifen auf Humanität und Solidarität. Empathisches Mitfühlen mit anderen ist nicht deren Sache. Die einen suchen ihr Heil in einer wahnhaft konstruierten „Identität“, die alles Fremde ausgrenzt; die anderen verschanzen sich in sicherheitstechnologisch hochgerüsteten „gated communities“. Der Hass, mit dem rechtspopulistische Bewegungen auf alles Nicht-Identische reagieren, korrespondiert mit der Verachtung, die die Privilegierten für die gesellschaftlichen Verlierer und Ausgegrenzten empfinden. Die Lage wäre aussichtslos, wenn nicht diejenigen, die auf Ausgrenzung und Abschottung setzen, eine Minderheit wären.

Genau das aber ist der Fall. Empathie und Solidarität sind noch immer Werte, die von der Mehrheit der Leute hoch geschätzt werden. Das zeigte sich in der breit getragenen Willkommenskultur der zurückliegenden Monate, es zeigt sich in der ungebrochenen Bereitschaft, anderen beizustehen, im vielfältigen sozialen Engagement, aber auch in Umfragen, die keinen Zweifel daran lassen, dass die Mehrheit nach wie vor von einer solidarisch finanzierten öffentlichen Daseinsvorsorge überzeugt ist, die auch und gerade denen zugutekommt, die nichts haben.

Die Vorstellung, dass Bildung, Gesundheit, Kultur und all die anderen für das Zusammenleben von Menschen so wichtigen Gemeingüter unbedingt privatisiert werden müssten, ent-

„Wenn es uns gelänge zu zeigen, dass es auch anders geht, dann hätten wir schon viel geleistet.“

Paul Parin, 2008

springt dem Wunsch und der Erfahrung der Leute. Das neoliberale Credo, es sei erst dann an alle gedacht, wenn jede und jeder an sich selbst denkt, ist nie unwidersprochen geblieben. Und dies trotz des enormen Aufwandes, mit dem Wirtschaftsführer, Politiker, Experten und Medien in den zurückliegenden drei Jahrzehnten versucht haben, die Auslieferung des in solchen Gemeingütern steckenden öffentlichen Eigentums an private Investoren als alternativlos erscheinen zu lassen.

Dass es auch anders geht, zeigt sich im Drängen auf Offenheit und Teilhabe. Es ist konstitutiv für das Mitfühlen und steckt, so paradox es klingt, auch im Leiden selbst. Die Utopie jedenfalls speist sich nicht aus abstrakten Idealen, sondern stets aus dem Aufbegehren gegen das mit dem Leiden verbundene Unrecht.

Es sind viele kleine und große Aktionen, Projekte und Handlungsstränge, die das Diktum der Alternativlosigkeit seit langem schon Lügen strafen. Nicht immer aber werden sie ausreichend wahrgenommen und mitunter von ihren Akteuren selbst missverstanden. Das andere

lebt beispielweise im Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, die ein von Schließung bedrohtes öffentliches Freibad in Eigenregie weiterführen, um es auch weiterhin für alle zugänglich zu halten; es zeigt sich in Theatergruppen, die ihre Bühne für Migrantinnen und Migranten geöffnet und dabei den Raum für jenen Perspektivwechsel geschaffen haben, der offene Begegnungen auszeichnet; es zeigt sich im Nachdenken von engagierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern über Möglichkeiten der Transformation der herrschenden „imperialen Lebensweise“; es lebt in den Solidaritätskliniken Griechenlands, die all denen zur Seite stehen, die auf Druck der EU aus der öffentlichen Versorgung herausgefallen sind; es zeigt sich in den Kampagnen südafrikanischer Rechtsanwältinnen, die von den Behörden verlangen, endlich für angemessen ausgestattete Schulgebäude zu sorgen, und lebt in den Friedensmärschen israelischer Frauen. Weltweit zeigen Initiativen, dass es auch anders geht; Initiativen getragen von Menschen, die weder das eigene noch das Leiden der anderen akzeptieren wollen und daraus die Kraft schöpfen, auf Veränderungen zu drängen.

Inseln der Vernunft

Gemessen an der Vielfalt und Breite des Engagements für Humanität und Solidarität müsste einen das rückwärtsgewandte Geraune der Rechtspopulisten nicht weiter Bange machen. Und doch ist die Sorge nicht von der Hand zu weisen, dass sich der gesellschaftliche Rechtsruck fortsetzen und Hass und Gewalt zunehmen könnten. Viele fragen sich, ob angesichts der Erfolge von Trump, Marine Le Pen, der AFD nicht ganz anderes zu leisten wäre, als sich für den Erhalt eines Freibades, für offene Theaterarbeit, für die Versorgung griechischer Diabetespatienten, die Instandsetzung von Schultoiletten in Südafrika, etc. stark zu

machen. Erfordern die prekären Umstände, die in der Welt herrschen, nicht mehr, als sich im Lokalen für Alternativen zu engagieren?

Und genau hier liegt das Missverständnis, denn all das ist notwendig, um für offene und solidarische Lebensumstände zu kämpfen. In einer in Irrationalität versinkenden Welt gilt es, Inseln der Vernunft zu schaffen. Und so ist es höchste Zeit, dem Grundsatz „Global denken, lokal handeln“ auch im sozialpolitischen Handeln Geltung zu verschaffen. Es gilt zu erkennen, dass das jeweils eigene, das lokale Engagement mit dem der anderen in aller Welt in Beziehung steht. Lokale Akteure, seien es nun Mieterkollektive, Flüchtlingsinitiativen, Kirchengemeinden oder attac-Gruppen, gewinnen an Stärke, wenn sie sich als Teil eines weltweiten Streits für ein globales Projekt begreifen, das die universelle Verwirklichung der Menschenrechte zum Ziel hat.

Dabei meint das menschenrechtliche Prinzip der Gleichheit etwas völlig anderes als „Identität“, wie umgekehrt das Recht auf Verschiedenheit nicht mit Ungleichheit verwechselt werden darf. Ohne Frage sind die Menschenrechte voraussetzungslos, und doch bedarf es zu ihrem Schutz eben auch einer Gesellschaftlichkeit, die über bloße humanitäre Gesten hinausgeht. Mit politischen Sonntagsreden ist es nicht getan. In den Menschenrechten steckt mehr als ein moralischer Appell. Mit ihnen verbinden sich auch individuelle Rechtsansprüche und somit gesellschaftliche Verpflichtungen. Nur als Teil rechtlich verfasster Gemeinschaften sichern sich die Menschen ihre Rechte. Nur dort, wo es öffentlich getragene und allen zugängliche Institutionen von Daseinsvorsorge gibt, können Menschen auch ihre sozialen Rechte geltend machen.

Mit der Globalisierung habe das Risiko für soziale Verunsicherung dramatisch zugenommen,

müssen die Apologeten des Neoliberalismus inzwischen einräumen. Es ist das Gefühl, keine Rolle mehr zu spielen, nicht mehr teilhaben zu können, das die Unvernunft wachsen lässt und den Rechtspopulisten in aller Welt in die Hände spielt. Wie das Gegengift aussehen könnte, wusste schon Sigmund Freud: er könne nicht einsehen, warum die von uns selbst geschaffenen Einrichtungen nicht vielmehr Schutz und Wohltat für uns alle sein sollten. Bernie Sanders hätte man dieses Programm vermutlich abgenommen.

Eine solche Gesellschaftlichkeit entsteht nicht über Abschottung und Identität und schon gar nicht über den markigen Spruch, eine Nation wieder groß zu machen. Das Recht, Rechte zu haben, von dem Hannah Arendt gesprochen hat, existiert völlig losgelöst von ethnischen, religiösen oder kulturellen Unterschieden. Und es muss auch nicht erst durch willfähiges Verhalten verdient werden. Menschen haben ein Recht auf soziale Sicherung, unabhängig von ihrer Hautfarbe oder davon, ob sie privat vorgesorgt haben. Sie haben ein Recht auf höchstmögliche Gesundheit, ungeachtet ihrer jeweiligen Lebensstile und ungeachtet ihrer individuellen Kaufkraft. Sie haben ein Recht auf Bildung, die ihnen eine kreative Existenz jenseits kulturindustrieller Gleichschaltung ermöglicht. Das ist der Kern solidarisch verfasseter Gesellschaften.

Solidarisch abgesicherte Vielfalt

Deutlich wird, dass Vielfalt und Solidarität keine Gegensätze sind, sondern sich gegenseitig bedingen – mit Blick auf den unterdessen erreichten Globalisierungsgrad längst in globaler Dimension. Aus dem Mitfühlen mit den Fremden, den Flüchtlingen, den Opfern von Kriegen und Not erwächst eine ethische Verpflichtung für die internationale Verabredung von sozi-

alökologischen Normen und schließlich für den Aufbau von Institutionen, die grenzüberschreitend für Umverteilung sorgen und so die Voraussetzung für die Verwirklichung und den Schutz der Menschenrechte schaffen. Die Rettung liegt weder in der Abschottung noch im Identischen, sondern allein in der solidarisch abgesicherten Garantie von Vielfalt.

Mit dem Verlust des göttlichen Mythos sei in der säkularisierten bürgerlichen Welt, so Georg Lukács, eine „transzendente Obdachlosigkeit“ über die Menschen gekommen. Die damit einhergehenden Verunsicherungen aufzufangen, wird nur gelingen, wenn Menschen in demokratisch verfassten und für Teilhabe und Ausgleich sorgenden Gesellschaften ein neues Dach finden. Das war das Projekt der Moderne: Und eben das steht heute auf dem Spiel.





Der Druck wächst

Flüchtlingshilfe im
Nordirak

1,6 Millionen Irakerinnen und Iraker haben in den kurdischen Gebieten Zuflucht gesucht und – trotz aller Not – Schutz gefunden.



Inmitten von Krieg und Flucht gibt es in den kurdischen Gebieten weiterhin Zeichen praktischer Solidarität

Von Karin Mlodoch

Mitte Oktober 2016 läuft die Rückeroberung von Mossul. Unter dem Druck der internationalen US-geführten Anti-IS-Koalition hat sich eine breite, aber auch brisante Koalition auf den Weg gemacht, den IS aus seiner letzten Hochburg auf irakischem Territorium zu vertreiben. Beteiligt sind die irakische Armee, vom Iran unterstützte schiitische Milizen und kurdische Peschmergaverbände. Alle Fraktionen ziehen mit eigenen Interessen und Ansprüchen in den Kampf, was Anlass zur Sorge gibt, nach einer Befreiung der Stadt könnten die inneren Spannungen eskalieren. Momentan aber regiert der kleinste gemeinsame Nenner: die zügige Vertreibung des IS.

In Mossul selbst lässt die Offensive die Menschen gleichzeitig hoffen und zittern. 1,5 Millionen sollen es noch sein. Nach der Vertreibung, Ermordung und Flucht von Kurden, Jesiden, Schiiten, und Christen sind es vor allem arabisch-sunnitische Bevölkerungsteile. Letztere waren nach dem Sturz des Baath-Regimes 2003 unter der US-Besatzung und der schiitisch dominierten irakischen Regierung systematisch marginalisiert worden. Viele von ihnen hielten 2014 daher den Islamischen Staat für das kleinere Übel. Das hat sich nach zweieinhalb Jahren islamistischen Terrors gründlich geändert. Die Bevölkerung sehnt die Befreiung herbei. Gleichzeitig aber fürchtet sie den Einmarsch schiitischer Milizen und mögliche Vergeltungsaktionen. In dieser zugespitzten Situ-

ation kann der IS die Menschen nur noch mit blanker Gewalt und drastischen Strafen bei Fluchtversuchen in der belagerten Stadt halten. Von seiner verzweifelten Lage berichtet der Blogger „Mosul Eye“ in täglichen Eintragungen. Er beschreibt die grausamen öffentlichen Hinrichtungen von Gefangenen und „Spionage“-Verdächtigen sowie die aussichtslose Suche der Zivilbevölkerung nach Schutzmöglichkeiten in der zur sprengstoffgespickten Festung hochgerüsteten Stadt. Und er träumt von einer von Mossulern selbst bestimmten Zukunft für seine Stadt. Seine Eintragung am 8.11.2016 endet mit den Worten: „Maybe the sun soon will rise in Mosul, and it will be liberated by then, or maybe not. But I ask, if we die, who will bury us? Do not forget Mosul.“

Die Flucht in die Kurdengebiete

Auch in Kurdistan-Irak halten die Menschen angesichts der Mossul-Offensive den Atem an. Nach dem Sturz des Baath-Regimes 2003 hatte die kurdische Region einen Prozess der wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung durchlaufen. Nun aber kämpfen die Peschmerga erneut an den Grenzen der kurdischen Region und auf allen TV-Kanälen wird vom Krieg berichtet. Viele Menschen sorgen sich um Angehörige und Freunde, die gegen den IS kämpfen, aber auch um das Schicksal der Bevölkerung von Mossul. Sie befürchten weitere Eska-

lationen von sunnitisch-schiitischen und kurdisch-arabischen Konflikten nach der Vertreibung des IS. Projektpartner von HAUKARI e.V. und medico wie das Frauenzentrum KHANZAD, das seit 20 Jahren Frauen in Gewalt- und Krisensituationen betreut, sehen ungläubig zu, wie die intensiven Debatten in der kurdischen Gesellschaft über demokratische Reformen, Menschen- und Frauenrechte vom Erstarken nationalistischer und militaristischer Diskurse von der politischen Tagesordnung verdrängt werden.

Seit dem Vormarsch des IS 2014 sind 3,2 Millionen Menschen im Irak auf der Flucht, 1,6 Millionen haben bislang im kurdisch verwalteten Gebiet Schutz gesucht. Die Provinzen Duhok und Erbil beherbergen den größten Teil der Geflüchteten aus Mossul und Umgebung. Aber auch im Südosten der kurdischen Region, in der Provinz Sulaimania und im Germian-Gebiet, sind Zehntausende vor allem arabisch-sunnitische Menschen aus dem Zentralirak gestrandet. Sie sind vor dem IS, aber auch vor den schiitischen Milizen geflohen, zutiefst erschüttert von erlebten Gräueln und ohne Rückkehrperspektive. Die Solidarität der kurdischen Bevölkerung gegenüber den Geflüchteten ist nach wie vor groß. Selbstverständlich ist sie keineswegs, denn aus Sicht der kurdisch-irakischen Gesellschaft, die jahrzehntelang unter dem Terror des Baath-Regimes gelitten hat, gehören die arabisch-sunnitischen Geflüchteten zu den ehemaligen Unterstützern des Regimes und stellen aufgrund der anfänglichen Sympathie vieler für den IS auch ein Sicherheitsrisiko dar.

Die kurdische Region ist mit der Versorgung der Geflüchteten zunehmend überfordert. Seit 2014 leidet sie unter einer akuten Wirtschaftskrise: Als Reaktion auf eigenständige kurdische Erdölgeschäfte verhängte die irakische Regierung eine Wirtschaftsblockade gegen die kurdische Region. Öffentliche Angestellte er-

halten seither nur gekürzte Löhne, Verwaltung, Bildungs- und Gesundheitssystem funktionieren nur eingeschränkt. Streiks von Lehrern und öffentlichen Angestellten nehmen zu, in Sulaimania sind Universitäten und Schulen seit Monaten geschlossen. Hinzu kommen innenpolitische Konflikte. Eine kontroverse Debatte gibt es dabei um die Frage, ob – wie von Präsident Massud Barzani über die Ankündigung eines Unabhängigkeitsreferendums betrieben – die starke Position als Bündnispartner des Westens im Kampf gegen den IS genutzt werden soll, um eine kurdische Staatlichkeit zu verwirklichen, oder angesichts der eskalierten Konfliktlage eine schnelle Stabilisierung durch Verhandlungen mit der irakischen Regierung in Bagdad das Gebot der Stunde ist.

Der Vergangenheit zum Trotz

Angesichts der dramatischen Situation und der vielfältigen Krisen ist internationale Hilfe für die kurdisch-irakische Region dringend geboten. Seit zwei Jahren sind zahlreiche internationale Hilfsorganisationen vor Ort und leisten Nothilfe. Ein Großteil der Hilfe fließt zurzeit in die Provinzen Duhok und Erbil, die die meisten Geflüchteten aufgenommen haben. Vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit erhalten hingegen die zentralirakischen Geflüchteten und ihre kurdischen Gastgemeinden im Südosten Kurdistans-Iraks, im Germian-Gebiet in der Provinz Sulaimania. Hier arbeitet HAUKARI seit vielen Jahren mit Überlebenden der Anfal-Operationen des Regimes von Saddam Hussein von 1988, bei denen mehr als einhunderttausend kurdische Frauen und Männer ermordet und Tausende kurdische Dörfer zerstört wurden. In dieser langjährigen Zusammenarbeit sind enge Kontakte in die Gemeinden und zur lokalen Verwaltung entstanden. Auf dieser Basis konnte schon im Sommer 2014 schnelle Hilfe für Geflüchtete geleistet werden. Seither erhalten rund 1.000

Mütter in den Camps Alwand bei Khanaqin, Tazade und Qoratu bei Kalar und in Notunterkünften in Kifri monatlich Zusatznahrung und Hygieneartikel. Mobile psychosoziale Teams unterstützen geflohene Frauen und beraten sie bei Gesundheitsfragen. Aktuell ist die Hilfe noch ausgeweitet worden: Vor wenigen Tagen sind im Camp Tazade nach einer Odyssee 50 Familien angekommen, denen die Flucht aus dem 300 Kilometer entfernten Mossul gelungen ist. Zudem bereiten sich Mitarbeiterinnen und Partner von HAUKARI e.V. und medico international für den Fall einer Massenflucht aus Mossul in Camps der Region Duhok vor.

Bei all dem arbeitet HAUKARI eng mit der Beratungs- und Versorgungsstruktur der kurdischen Regionalregierung und lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen. Um Spannungen zwischen der angestammten Bevölkerung und den neuangekommenen Flüchtlingen nicht zu verschärfen, werden zudem alle Nothilfemaßnahmen von sozialen und Infrastrukturprojekten für die Gastgemeinden begleitet. So wurde auch die Renovierung des ört-

lichen Fußballstadions von Khanaqin, in dem zeitweise Geflüchtete untergebracht waren, unterstützt. Und so ist auch das Jugend- und Kulturzentrum in der Stadt Kifri entstanden.

Kultur- und Jugendzentrum Kifri

Kifri ist eine Kleinstadt im Germian-Gebiet am äußersten Südwestzipfel der kurdischen Region im Irak mit 40.000 Einwohnern. Die Stadt blickt auf eine lange Tradition des friedlichen Zusammenlebens zwischen kurdischen, arabischen und turkmenischen Bevölkerungsgruppen zurück. Unter der Herrschaft von Saddam Hussein war Kifri 1988 ein Schauplatz der Anfal-Operationen; bis heute leidet die Stadt unter den Folgen der damals erlittenen Gewalt und der Ungewissheit über das Schicksal vieler Opfer. Auch nach dem Sturz des Baath-Regimes 2003 blieb die entlegene Kleinstadt infrastrukturell abgeschnitten. Das jahrhundertalte historische Stadtzentrum zerfällt. Viele der in der kurdisch-irakischen Region in den letzten Jahren durchgesetzten Reformen im Bereich der



Ein besonderer Ort: Das Jugend- und Kulturzentrum von Kifri dient auch als Verteilstelle für Hilfsgüter.

Frauenrechte sind hier noch nicht angekommen, Zwangsehen und Gewalt gegen Frauen in der Familie sind weit verbreitet. Es ist ein desolater Ort, in dem Arbeits- und Perspektivlosigkeit herrschen und viele Jugendliche von einem Leben in Europa träumen. Heute liegt die Stadt in unmittelbarer Nähe zur Frontlinie zwischen kurdischen Peschmerga und dem IS. Viele Männer der Stadt kämpfen an der Front gegen den IS, erneut hat die Stadt Tote und Verletzte zu beklagen.

Genau hier haben in den vergangenen zwei Jahren 3.500 arabisch-sunnitische Menschen, die vor dem IS und schiitischen Milizen geflohen sind, Zuflucht gefunden. Sie leben in leerstehenden öffentlichen Gebäuden, auf Baustellen und in angemieteten Wohnungen. 2014 wurde auch das ehemalige Postgebäude von Kifri Zufluchtsort für Geflüchtete. Als das Gebäude wieder frei wurde, gründete ein Lehrer der örtlichen Kunsthochschule mit einer Gruppe von Studierenden eine Initiative zur Instandsetzung des Gebäudes als Jugend- und Kulturprojekt. Der Verein Haukari und medico international haben die Initiative seinerzeit als „konfliktpräventive Maßnahme“ im Rahmen der Nothilfe für Geflüchtete unterstützt. Nach Zustimmung durch die Stadtverwaltung renovierte die Gruppe die Räume, richtete ein kleines Regionalmuseum ein sowie einen Veranstaltungsraum mit Bibliothek und Cafeteria.

Seither ist das Zentrum ständig gewachsen. Ateliers für lokale Künstlerinnen und Künstler wurden geschaffen. Der Innenhof und der große Garten werden für Konzerte und Theateraufführungen genutzt. Hier finden lange Nächte der Musik und der Gedichte statt, aber auch politische Abende zur aktuellen Situation in Irak und Kurdistan. Gleichzeitig dient das Zentrum als Verteilstelle für Hilfsgüter an Geflüchtete. Für sie werden Aufklärungs- und Informationsveranstaltungen zu Gesundheits- und

Rechtsfragen organisiert. Es finden Dialogveranstaltungen statt und lokale Jugendliche richten mit geflüchteten Jugendlichen Fußballturniere aus. Während das Zentrum anfangs von jungen Männern dominiert wurde, gehören inzwischen auch Frauen dem Team an. Sie organisieren Nähkurse und „Beauty Salons“. Das mag traditionell klingen; aber diese Kurse sind im konservativen Kifri Solidaritäts- und Begegnungsorte für Kurdinnen aus Kifri und arabische Geflüchtete aus dem Zentralirak gleichermaßen – aus denen schon bald soziale und politische Fraueninitiativen erwachsen dürften.

Längst ist das Zentrum aus der Nothilfe herausgewachsen und zum eigenständigen Projekt geworden. Es ist eine gelungene, von lokalen Jugendlichen entwickelte und getragene Initiative. Angesichts der enormen Herausforderungen – der politischen Neugestaltung des Irak nach der Vertreibung des IS und der Umgang mit den tiefen physischen und psychischen Wunden – ist es ein verschwindend kleines Projekt. Aber es ist einer von vielen Bausteinen, um angesichts des Teufelskreises von Krieg, Konflikt und Flucht Perspektiven zu schaffen. Inmitten einer von Gewalt geprägten und von ethnisch-religiösen Spannungen zerrissenen Region ist ein Ort des Dialogs und der praktischen Solidarität entstanden.

medico international unterstützt gemeinsam mit dem Verein Haukari seit vielen Jahren Projekte im Nordirak. Momentan bereiten sich unsere lokalen Partner auf die Aufnahme neuer Flüchtlingsgruppen vor. Den Ausbau des Jugend-Kultur-Zentrums in Kifri fördert medico seit 2014.

Spendenstichwort: Kurdistan/Irak

Vorbild Suez-Krise

Syrien-Krieg. Welche Möglichkeiten bleiben den Vereinten Nationen? Fragen an Andreas Zumach



Foto: Kristin Flory

Der Journalist Andreas Zumach berichtet seit vielen Jahren vom europäischen Hauptsitz der UN in Genf.

Der Syrien-Konflikt ist in seinem sechsten grausamen Jahr. Und die Vereinten Nationen stehen nur noch ratlos daneben?

In Syrien ist die UNO bislang auf allen Handlungsebenen fast völlig gescheitert. Der Sicherheitsrat, laut UNO-Charta zuständig für die „Bewahrung des Friedens und der internationalen Sicherheit“, ist wegen der konträren Interessen der beiden Vetomächte Russland und USA völlig blockiert. Hieran sind mit Kofi Annan und Lakdar Brahimi bereits zwei sehr erfahrene, vom Rat mit der Herbeiführung einer Friedenslösung für Syrien beauftragte Vermittler

gescheitert. Der dritte, Staffan di Mistura, steht ebenfalls kurz vor dem Rücktritt. Die humanitären Organisationen der UNO können wegen der Kriegshandlungen und der Belagerungen von Städten Hunderttausende Zivilisten zum Teil seit Jahren nicht mit dringend benötigten überlebenswichtigen Hilfsgütern beliefern. Auch die Nahrungsmittelversorgung der über 4,5 Millionen syrischen Flüchtlinge allein in den Nachbarländern musste von den zuständigen UNO-Organisationen wegen fehlender Finanzmittel zeitweise eingeschränkt oder gar ganz unterbrochen werden.

Welche Konsequenzen ziehen Sie aus diesem Scheitern: Muss man die UN als potenzielle Friedenskraft aufgeben?

Noch sind nicht alle Handlungsmöglichkeiten ausgeschöpft. Wenn der Sicherheitsrat seine Verantwortung nicht wahrnimmt, könnte die Generalversammlung in New York Verantwortung für die Beendigung des Syrienkrieges und die Herbeiführung einer politischen Lösung übernehmen. Diese Option war in der UNO-Gründungscharta von 1945 zunächst nicht vorgesehen. Sie ist aber schon gezogen worden, erstmals 1950. Als der Sicherheitsrat während des Korea-Konflikts in ähnlicher Weise wie jetzt im Fall Syrien durch gegenseitige Vetos oder Vetodrohungen blockiert war, verabschiedete die Generalversammlung auf Initiative einiger ihrer Mitglieder die Resolution „United for

Peace“. Darin reklamierte die Versammlung für sich das Recht, Beschlüsse zur „Bewahrung des Friedens und der internationalen Sicherheit“ zu fassen.

Welche Erfahrung wurde damals gemacht?

Auf Basis der „United for Peace“-Resolution verabschiedete die Generalversammlung seit 1950 Resolutionen zu zehn internationalen Gewaltkonflikten. Während der Suezkrise 1956 etwa, als britische und französische Truppen ägyptisches Territorium besetzt hatten und den UNO-Sicherheitsrat durch gegenseitige Vetodrohungen blockierten, forderte die Generalversammlung die Regierungen in London und Paris fast einstimmig auf, ihre Truppen sofort, vollständig und bedingungslos vom ägyptischen Territorium hinter definierte Waffenstillstandslinien zurückzuziehen. Frankreich und

Wenn der Sicherheitsrat blockiert ist, kann die Generalversammlung die Verantwortung übernehmen.
Es wäre nicht das erste Mal.

Großbritannien folgten dieser Aufforderung. Zudem appellierte die Generalversammlung an den Sicherheitsrat, zur Überwachung des Waffenstillstandes eine Blauhelm-Friedenstruppe in die Konfliktregion am Suezkanal zu entsenden. Der Sicherheitsrat fasste einen entsprechenden Beschluss, denn London und Paris verzichteten bei der Abstimmung im Rat auf ihr Veto. Das Beispiel zeigt, dass mit großer Mehrheit oder gar fast einstimmig verabschiedete Resolutionen der Generalversammlung erfolgreich politischen Druck auf die Vetomächte im Sicherheitsrat ausüben, die Blockade in diesem UNO-Gremium überwinden und so die Dynamik eines Konfliktes verändern können.

Glauben Sie, dass dieses Szenario auch im Syrien-Konflikt funktionieren könnte?

Eine Syrien-Resolution mit den Forderungen nach Waffenstillstand, Einstellung aller Luftangriffe, Aufhebung aller Blockaden und Belagerungen, ungehinderte Zulassung humanitärer Hilfslieferungen an die notleidende Bevölkerung, Stopp jeglicher Lieferung von Waffen an die innersyrischen Gewaltakteure hätte gute Chancen auf Unterstützung von mindestens 150 der 193 UNO-Mitglieder, darunter von vielen Ländern, die – wie China, Indien, Brasilien, Südafrika – im Rahmen der BRICS mit Russland kooperieren und auf der anderen Seite auch von vielen Verbündeten der USA.

Was müsste passieren, um eine derartige Resolution oder auch weitergehende Forderungen wie die Entsendung einer Blauhelmtruppe nach Syrien zu verabschieden?

Die Generalversammlung müsste gemäß ihrer „United for Peace“-Resolution von 1950 zu einer „Notstands-Sondersitzung“ zusammenkommen. Die Einberufung einer solchen Sitzung wäre durch Beschluss der Generalversammlung mit der absoluten Mehrheit von 97 ihrer 193 Mitglieder möglich. Insbesondere Kanada bemüht sich aktuell, diese Mehrheit zusammenzubringen. Bei einer informellen Unterrichtung der Generalversammlung über die Lage in Syrien Mitte Oktober 2016, die auf Antrag Kanadas mit Unterstützung von 70 Staaten erfolgte, appellierte UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon an die Mitgliedsstaaten, angesichts der Blockade im Sicherheitsrat ihre „kollektive Verantwortung“ für Syrien wahrzunehmen. Ein zweiter möglicher Weg zur Einberufung einer Notstandssitzung der Generalversammlung wäre ein entsprechender Beschluss des Sicherheitsrates. Für einen solchen prozeduralen Beschluss reicht die Mehrheit von neun der 15 Ratsmitglieder. Ein „Nein“ eines der fünf ständigen Mitglieder hätte dann keine Vetowirkung.

Planet der Ge- flüchteten



Im Libanon kreuzen sich viele Katastrophen des Nahen Ostens. Nun auch die syrische. Eine Reportage aus Beirut

Von Katja Maurer

„Wir haben Glück gehabt“, sagt Wesam Sabaneh und steckt sich eine neue Zigarette an, während er die Hamra-Straße Richtung Büro schlurft. Von Ferne leuchtet das Meer im Sonnenlicht blau und in unserem Rücken erhebt sich ein markanter Turm der saudischen Botschaft, der wie ein überdimensioniertes Teleskop ein wachendes Auge auf alles wirft. Auf der kurzen Strecke vom Hotel bis zum Büro durch das einst berühmte Beiruter Vergnügungsviertel Hamra erzählt Wesam, dass sein Vater jahrzehntelang Kämpfer der palästinensischen Fatah gewesen sei. Er lebt noch. Das bezeichnet er als Glück in der palästinensischen Vergleichenheit. Die Familie, die eigentlich aus Jenin stammt, hat es nach Syrien verschlagen, wo Wesam im palästinensisch geprägten Yarmouk aufwuchs, einem Stadtteil von Damaskus. Auf einer Strecke von 500 Metern landet man unversehens in der Erzählung eines permanenten Exils, das viele palästinensische Familien in alle Winde verstreut hat. Seit Beginn des Bürgerkrieges in Syrien überlebt die von Wesam, bis auf einen Bruder, der in Schweden lebt, in Beirut.

Wesam leitet Jafra, den syrisch-palästinensischen medico-Partner, der vom Libanon aus die Hilfe in die palästinensischen Gemeinden in Syrien koordiniert. Der atemberaubende Blick von seinem Büro im achten Stock entlockt ihm nur ein Schulterzucken. Denn er und seine Kollegen organisieren von hier oben aus das Überleben inmitten des Schreckens. Jafra war ursprüng-

lich eine linke Jugendorganisation. Doch schnell haben sich die jungen Palästinenser um Wesam von den alten politischen Gruppierungen losgesagt und parteiunabhängig neue Perspektiven mit Jugendlichen entwickelt. Auch für sie war der arabische Frühling ein Fanal. In Yarmouk demonstrierten zu Beginn des demokratischen Aufstands in Syrien 200.000 Menschen. Als die Armee die ersten Angriffe startete, setzte eine immense Fluchtbewegung ein. Wie 1948, meint Wesam, hätten viele geglaubt, dass sie bald zurückkehren würden. Ein Trugschluss.

Überlebenstechniken via Internet

Seit Beginn des Bürgerkrieges leisten über 500 Freiwillige von Jafra in sechs syrisch-palästinensischen Ansiedlungen, die sowohl im Rebellengebiet wie in Regierungszonen liegen, Nothilfe – oft unter extremen Umständen. So während der Belagerung von Yarmouk zwischen August 2013 und März 2014 und gerade jetzt in der syrisch-palästinensischen Stadt Khan Eshie. Sie wird von Regierungstruppen und russischen Bombern immer wieder mit Clustermunition, Fassbomben und Napalm angegriffen, um die Stadt zu entvölkern. Von Beirut aus entwickelt Jafra Lehrfilme zum Überleben in solchen Zonen. Sie zeigen, wie aus Dächern Nutzgärten werden, wie man aus Plastikflaschen Öl gewinnt, Batterien mit Fahrradfahren auflädt und in Handarbeit sterile Beutel für Blutkonserven herstellt.



Solidarität über Grenzen hinweg: Wesam Sabaaneh leitet den syrisch-palästinensischen medico-Partner Jafra.

Aber es geht um mehr. „Wir erziehen die Menschen im Geist der Solidarität“, sagt Wesam und betrachtet das als eine Alternative zum Dschihad. In den Schulklassen, die Jafra-Freiwillige aufrechterhalten, werden die kargen Mahlzeiten geteilt, selbst mit Katzen. Einige sollen die Belagerung in Yarmouk überlebt haben. Obwohl „nicht einmal Vögel fortfliegen konnten“. Aus Yarmouk erzählt Wesam von Szenen, die an die Leningrader Blockade erinnern. Er berichtet von Kindern, die im Unterricht ohnmächtig wurden, weil sie unterernährt sind; von Wohnungen, in denen Jafra-Kollegen nur noch die Leichen verhungerner älterer Menschen auffanden. 185 Erwachsene und Kinder sind bei der Blockade an Hunger gestorben. Dürre, fast nichtige Zahlen angesichts der Hunderttausenden Todesopfer des Bürgerkrieges. Und doch war die Belagerung von Yarmouk ein Symbol dafür, dass dieser Krieg zuallererst ein Krieg gegen die Zivilbevölkerung ist, in dem kein Völkerrecht zählt.

Die Lage der syrisch-palästinensischen Bevölkerung ist darin ein besonderer Beleg. Jafra hat zum Beispiel in seinen Erklärungen immer wieder auf die palästinensische Neutralität im Bürgerkrieg hingewiesen. Die Ortschaften wurden trotzdem nicht verschont. Auch wurden Jafra-Mitarbeiter gezielt von syrischen Sicherheitskräften festgenommen. Einer von ihnen, Khaled Bakrawi, einer der Gründer von Jafra, wurde in einem Armee-Hinterhalt festgenommen. Seinen Leichnam entdeckte Wesam auf einem Foto im Januar 2013.

Fast 600.000 palästinensische Flüchtlinge sind in Syrien registriert. Sie sind überproportional von dem Konflikt betroffen. Etwa 100.000 haben Syrien nach Jordanien, in den Libanon, den Gaza-Streifen und nach Europa verlassen. Der Rest lebt zumeist intern vertrieben in Syrien. 95 Prozent der syrischen Palästinenser sind verarmt und dauerhaft auf Hilfe angewiesen. Dabei war die syrische einst eine der wenigen prosperierenden palästinensischen Diaspora-Gemeinden in der arabischen Welt. Zudem fühlen sich viele syrische Palästinenser nicht mehr politisch vertreten. Die PLO-Führung hatte sich über ihren Vertreter Ahmad Majdalani mit der Begründung der Terrorbekämpfung hinter die Militäroperationen der Assad-Regierung gestellt, statt die eingeschlossenen Menschen vor Ort zu verteidigen.

Schikanen gegen die Flüchtlinge

Während Jafra seine Arbeit vom Libanon aus steuert, beschäftigt sich der medico-Partner AMEL, eine überkonfessionelle sozialmedizinische Gesundheitsorganisation, die während des libanesischen Bürgerkrieges entstanden ist, mit der Situation der syrischen Flüchtlinge im Libanon selbst. Offiziell leben eine Million syrische Flüchtlinge im Libanon, inoffiziell könnten es bis zu 1,5 Millionen sein. Libanon

trägt damit den proportional höchsten Anteil der syrischen Katastrophe. Seit Beginn des Bürgerkriegs hat AMEL die Arbeit für arme Libanesen und palästinensische Flüchtlinge um die Versorgung der syrischen Flüchtlinge erweitert. Eine Sache der Menschlichkeit und der Solidarität, so der AMEL-Direktor Dr. Mohanna. Er ist ein Urgestein der libanesischen Sozialmedizin und residiert im obersten Stock des AMEL-Gebäudes an einer sechsspürigen Ausfallstraße in Beirut. Die Kooperation mit medico begann Ende der 1980er Jahre. Die sozialmedizinische Unterstützung der 400.000 palästinensischen Flüchtlinge, die im Libanon lebten, war jahrelang das gemeinsame Anliegen. Mittlerweile hat etwa die Hälfte der alteingesessenen Palästinenser den Libanon verlassen, weil ihnen ihre seit 1948 eingeschränkten Wohn- und Arbeitsrechte im Libanon keine dauerhafte Entwicklungsperspektive bieten.

Mit einem ähnlichen Rezept will sich der Libanon nun auch die syrischen Flüchtlinge vom Leib halten. So wurden in den letzten beiden Jahren die Gesetze für syrische Flüchtlinge deutlich verschärft. Alle müssen sich jährlich neu registrieren lassen und dafür 200 Dollar pro Kopf bezahlen. Für viele ist das eine unüberwindbare Hürde. Also erneuern sie ihre Registrierung nicht, mit der Folge, dass sie sich nicht mehr frei im Land bewegen können. 2015 wurde zudem die Registrierung für neuankommende Flüchtlinge ganz ausgesetzt. Sie leben im quasi rechtsfreien Raum. In einem Land, das übersät ist mit Checkpoints, schränkt das die Bewegungsfreiheit und damit die Arbeitsmöglichkeiten erheblich ein. Wie dramatisch das ist, wird bei unseren Besuchen in den Gesundheitszentren von AMEL in Burj el Barajneh im südöstlichen Beirut und den mobilen Sprechstunden in der Bekaa-Ebene deutlich: Stets bilden sich Trauben von Menschen um uns. Alle beklagen verzweifelt, dass sie nicht registriert sind und keine Hilfe erhalten.

Existenzielle Not kennt auch Haifa al-Eid, eine junge Frau aus dem umkämpften syrischen Deir ez-Zor. Seit vier Jahren lebt die Dreißigjährige mit ihren vier Kindern in Beirut unweit vom AMEL-Gesundheitszentrum in Burj el Barajneh, das sie regelmäßig besucht. Nur wenige Schritte sind es über einen Platz mit Cafés und Geschäften, über dem Stromkabel bedrohlich hin und herschaukeln. Über vier schiefe Stufen und einen Gang entlang, in dem eine Wäscheleine nur seitliches Begehen erlaubt, gelangen wir in die Wohnung von Haifa. Wohnung? Ein feuchter, acht Quadratmeter großer Raum, in dem der Putz von den Wänden bröckelt. Ein Fenster zum Hof bietet kaum Tageslicht. Hier lebt die fünfköpfige Familie und zahlt dafür monatlich 200 Dollar. Haifa sitzt auf einer durchgelegenen Matratze, ihr rot leuchtendes Kopftuch macht ihr Gesicht noch blasser. Sie erzählt, dass sie seit Monaten die Miete schuldet und vor der Zwangsräumung steht. Was kann sie tun? „Es kommt, was kommt“, sagt Haifa gleichgültig. Sie küsst ihre Kinder, die sich an sie schmiegen. Plötzlich beginnt sie zu weinen. Vor wenigen Stunden habe sie die Nachricht erhalten, dass ihr 13-jähriger Neffe bei einem Bombenangriff in Syrien ums Leben gekommen sei.

Haifa hat mit anderen Flüchtlingsfrauen, die sich im AMEL-Gesundheitszentrum trafen, von zwei französischen Fotografinnen Unterricht erhalten und eine gute Kamera in die Hand bekommen. Ende Oktober 2016 stellten sie im Gesundheitszentrum ihre Bilder aus. Seit langem sind sie erstmals keine Bittstellerinnen, sondern Erzählerinnen ihrer Geschichte. Haifas Fotos zeigen ihre Kinder beim Spielen, beim Lernen. Die Kinder symbolisieren auch in dieser Misere die Hoffnung auf eine andere Zukunft. „Meine Kinder sind Syrer. Sie lernen für ihre Zukunft“, schreibt Haifa auf eines ihrer Fotos.



Beirut 2016: Glanz neoliberaler Großmannssucht.

Arabischer Frühling als Hoffnung

Das Zentrum des nach wie vor beeindruckend multireligiösen Beirut, das vor dem Bürgerkrieg als das Paris des Nahen Ostens galt, ist heute vom Glanz der neoliberalen Großmannssucht geprägt. Gläserne Wohntürme mit riesigen Apartments, die nur wenige Wochen im Jahr von reichen Auslandslibanesen bewohnt werden, liegen an der Corniche zum Meer, das allerdings von den Fäkalien der Großstadt verseucht ist. Gleich hinter dem wieder errichteten Suq, der nichts anderes ist als eine überbeuerte Einkaufsmeile, bestimmt eine Moschee von unerhörter Dimension den Platz der Märtyrer. Das alles wirkt bizarr und in seinem monumentalen Anspruch merkwürdig fragil. Die Mischung aus hemmungslosem Konsumismus und religiösem Fundamentalismus ist symbolisch für die Konflikte der Region.

Ghassan Issa, libanesischer Arzt und Leiter des alten medico-Partners Arab Resource Collective sieht die ganze arabische Region eingezwängt in einen Konflikt zwischen Militärs, die den Nationalismus als Restposten neoliberal verwalten, und verschiedenen Formen des religiösen Fundamentalismus. Issa, knapp über 60, be-

trachtet sich selbst als heimatlosen Linken. Der UNO und vielen internationalen Hilfsorganisationen bescheinigt er eine falsche Herangehensweise an die Krise in der Region. Die UNO betrachte die Probleme nur auf lokalem Niveau. „Politisch ist aber der gesamte arabische Raum eine Region geworden. Die Bombardierungen in Jemen sind mit denen in Aleppo verbunden“, so Issa. Die Lösung des palästinensisch-israelischen Konflikts sei nicht mehr die Schlüsselfrage der Region, sondern die Frage, was nach dem Ende des Nationalismus komme. Der arabische Frühling sei eine Antwort gewesen, die man nicht vergessen dürfe. Seine Losungen von Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und Menschenwürde seien anfangs ganz ohne Religion angekommen. Die Ideen des Frühlings bedürften einer neuen politischen Organisation. Sie seien die einzigen, die den verschiedenen Formen von religiösem Fundamentalismus in der Region ernsthaft entgegenstehen könnten. „Wir brauchen Gemeinwesenarbeit und die Förderung der Jugend, um neue Organisationsformen des demokratischen Wandels zu fördern“, gibt er medico als Ratschlag für die weitere regionale Arbeit mit auf den Weg.

Die Fotos aus dem Exil von Haifa al-Eid sind unter www.medico.de/libanon zu sehen.

Seit Mitte der 1980er Jahre unterstützt medico Partner im Libanon. Mit der syrischen Krise ist es zu einem zentralen Projektland geworden, in dem alte Partner wie AMEL und die palästinensische Organisation Nashet genauso aktiv sind wie der neue Partner Jafra, der seine Hilfe in Syrien von Beirut aus koordiniert.

Spendenstichworte: Libanon und Syrien



Es geht weiter. Ein Post des medico-Partners Rojava Hilfs- und Solidaritätsverein nach seinem Verbot durch Ankara.

EINE ZÄSUR

Türkei: Die Verfolgung der kurdischen Bewegung und der Zivilgesellschaft hat nie gekannte Ausmaße angenommen

Die Entwicklung verläuft rasend schnell – und atemberaubend systematisch. Am Anfang der AKP-Präsidentschaft gab es aus kurdischer Perspektive noch Hoffnung: Erdogan setzte die Friedensverhandlungen mit der PKK fort. Nach der Wiederholung der Wahlen, dem Sieg Erdogans und dem gescheiterten Putsch wurden die Gespräche abgebrochen. Als Jugendliche in den kurdischen Städten Barrikaden errichteten, wurden sie von der Armee bombardiert. Den Zerstörungen aus der Luft folgte die Planierung ganzer Stadtteile und die besiegelte Vertreibung der Bewohnerinnen und Bewohner.

Ein solches Ausmaß der Verfolgung hatte die kurdische Bevölkerung bis dato noch nicht erlebt. Kurz darauf wurden 28 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister abgesetzt, verhaftet und durch staatliche Zwangsverwalter ersetzt. Dem folgte die Verhaftung der Führung der kurdischen HDP-Partei, die daraufhin ihre Fraktion aus dem Parlament zurückzog. Konsequenz im letzten Schritt jetzt das Verbot von Hilfsorganisationen, Menschenrechtsstiftungen, Kinderschutzbänden, Frauenvereinen, Kultur- und Bürgerinitiativen, darunter zwei medico-Partner. Parallel dazu betreibt Erdogan entschlossen das Ende der türkischen Zivilgesellschaft und der freien Presse.

Von der Weltöffentlichkeit unbeachtet wird während der ganzen Zeit weiter bombardiert, zuletzt Vororte von Diyarbakir. Unsere Partner fürchten eine Verhaftungswelle, der Tausende zum Opfer fallen könnten. Da nun auch sämtliche türkischen Menschenrechtsorganisationen verboten sind, wird ihnen niemand mehr beistehen und Aufklärung über ihr Schicksal leisten können. Den Menschen jede Möglichkeit der legalen Äußerung und des legalen Widerspruchs zu nehmen heißt, ihnen den Bürgerkrieg aufzwingen zu wollen. Umso wichtiger ist jetzt die internationale Öffentlichkeit.

Thomas Seibert

Projekte Projektionen



Wege zur Gerechtigkeit Sri Lanka & Südafrika: medico- Partner im Süd-Süd-Austausch

Allzu viele Gelegenheiten, sich über tiefgreifende politische Veränderungen zu freuen, haben weder unsere Partner noch wir hier bei medico. Eine dieser seltenen Gelegenheiten war sicher das Ende der Apartheid 1994, eine andere die „Regenbogenrevolution“ auf Sri Lanka 2015. Jetzt sind zwei gemeinwesenorientierte medico-Partner aus diesen beiden Ländern in einen Erfahrungsaustausch eingetreten. Sinani aus Südafrika arbeitet mit Apartheid-Überlebenden in KwaZulu-Natal, SEED in Sri Lanka mit Überlebenden des tamilisch-singhalesischen Bürgerkriegs im Vanni, dort also, wo der Krieg am heftigsten tobte. Im Oktober 2016 reisten

Sinani-Aktivist*innen ins Vanni und berichteten ihren tamilischen Partnern vom noch immer umkämpften und nicht abgeschlossenen Prozess der „transitional justice“ in Südafrika. Im Frühjahr reisen SEED-Aktivist*innen nach KwaZulu-Natal, um von ähnlichen Herausforderungen in Sri Lanka zu berichten, einem Demokratisierungsprozess, der noch ganz am Anfang steht. Dass sie den langen Atem haben, ohne den man weder durchhält noch vorankommt, haben beide bewiesen. Jetzt können sie voneinander lernen, wie einem die Luft zum Atmen auch dann nicht ausgeht, wenn klar wird, dass Gewalt und Unrecht mit dem Ende von Diktatur und Krieg noch lange nicht überwunden sind.

Spendenstichworte: Sri Lanka und Südafrika

Existenzgeld für zwei Monate

Haiti: Nothilfe nach dem Hurrikan

Der Hurrikan in Haiti Anfang Oktober 2016 hat nicht nur das halbe Land verheert. Er hat abermals auch die grundlegenden strukturellen Probleme des Landes offengelegt. Noch immer gibt es keine umfassende Katastrophenvorsorge und fehlt es an dem politischen Willen oder entsprechend demokratisch legitimierten Repräsentanten, die bereit wären, wenigstens für eine halbwegs gerechte Katastrophenbewältigung zu sorgen. Schlimmer noch, angesichts der politischen Krise Haitis gibt es noch nicht einmal jemanden, den man für dieses Scheitern zur Rechenschaft ziehen könnte.

Das haitianische Menschenrechtsnetzwerk RNDDH, seit vielen Jahren ausgewiesener medico-Partner, listet das Versagen in seinem Hurrikanbericht detailliert auf, den Menschenrechtspromotoren im ganzen Land zusammengestellt haben. Darin heißt es, dass Nothilfe nicht bis in die entlegeneren Gebiete gelangt ist und Güter nach parteilichen und privaten Gesichtspunkten verteilt worden sind, ja sogar der laufende Präsidentschaftswahlkampf sei mit der Verteilung von Hilfe verknüpft worden. Häufig sei es bei der Verteilung zu handgreiflichen Auseinandersetzungen gekommen, weil die Verteilung unter Missachtung der Menschenwürde stattgefunden habe. Das hätte letztlich zu einer Militarisierung der Hilfe geführt, da die UN-Truppe zum Schutz eingesetzt worden wäre. Vor allem aber seien auch diesmal wie schon nach dem verheerenden Erdbeben vor sechs Jahren lokale Strukturen viel zu wenig in die Bewältigung der Katastrophe einbezogen worden. Der Bericht von RNDDH liest sich wie ein Abhakzettel für Wiederholungsfehler, für die es auch Wiederholungstäter gibt.

Alternativen zu einem solch umfassenden strukturellen Versagen zu entwickeln, für das die nationale Politik ebenso verantwortlich ist wie die internationale, ist extrem schwer. Nichtsdestotrotz hat RNDDH medico eine sehr kluge, die Menschenwürde achtende Idee vorgelegt, wie man exemplarisch anders vorgehen könnte. Diese Idee wird nun mit medico-Spenden praktiziert: In Gemeinden, die nachweislich bei der Verteilung von Hilfe vernachlässigt wurden, haben lokale Menschenrechtspromotoren die aktuelle Hilfsbedürftigkeit festgestellt und daraus eine Bedarfsliste entwickelt. Besonders bedürftige Familien erhalten nun individuelle Zahlungen, mit denen sie ihre dringendsten Ausgaben für mindestens zwei Monate decken können, seien es Nahrungsmittel oder Medikamente. Die Menschen erhalten einen Code und können bei einer Geldausgabestelle, die nachweislich keine Kredite vergibt und damit das Geld auch nicht für Kreditschulden einbehalten kann, das Nothilfegeld ohne Auflagen abholen.

Spendenstichwort: Haiti



Foto: RNDDH

Dem Wirbelsturm folgte die Überflutung in Les Cayes, Haiti.

Neue Al- lianzen

Migration in West- afrika



Im Rahmen des Netzwerktreffens in Lomé fand auch eine Gedenkfeier für die Opfer der europäischen Abschottung in den „Meeren und Wüsten“ statt.



Afrikanische NGOs kritisieren die Abschottung Europas und die Willfährigkeit der eigenen Regierungen

Von Christian Jakob

So viel Aufmerksamkeit bekam Afrika nicht mal während der Ebola-Krise. Ein regelrechter Diplomatienmarathon spielte sich im Herbst dieses Jahres zwischen Europa und einer Reihe subsaharischer Staaten ab. Die Präsidenten von Mali, Äthiopien, Tschad, Niger, Nigeria, Eritrea, Sudan, sonst meist unterhalb der Wahrnehmungsschwelle von Brüssel und Berlin, bekamen Besuch von Angela Merkel, hochrangigen europäischen Verhandlungsdelegationen oder wurden selbst in Berlin empfangen. Das Thema war immer dasselbe: Die Staaten Afrikas sollen die Migration Richtung Europa aufhalten, denn die, so behauptete der Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) kürzlich unverblümt, drohe „dramatische“ Ausmaße anzunehmen.

Wachsende Teile der afrikanischen Zivilgesellschaft hingegen sorgt weniger die Migration als das, was nun gegen sie getan wird. Der medico-Partner Visions Solidaires aus Togo hatte deshalb gemeinsam mit anderen westafrikanischen Migrationsorganisationen im März 2016 das West African Observatory on Migration (OOAM) gegründet. Im Oktober lud Visions Solidaires zu einer ersten Konferenz, der Académie des Migrations Africaines, in Togos Hauptstadt Lomé. Ort und Datum waren bewusst gewählt: Zeitgleich trafen sich hier die Staatshäupter der Afrikanischen Union (AU) zu ihrem Gipfel über Maritime Sicherheit. Auf der Tagesordnung standen nicht nur Themen wie Pirate-

rie oder Fischerei, sondern auch die Frage, was gegen die „Ursachen der irregulären Migration“ zu tun und wie der mit der EU verabredete Aktionsplan von Valletta (medico-Rundschreiben 2/2016) umzusetzen sei.

Wochenlang hatte Togos Regierungschef Fauré Gnassingbé die Hauptstadt für den Gipfel herausputzen lassen. Die Straßen zum Kongresszentrum waren beflaggt, die Innenstadt war abgeriegelt. Weil die „Académie“ als Gegenveranstaltung zu dem Präsidententreffen gedacht war, sollte sie möglichst in dessen Nähe im Universitätsviertel von Lomé stattfinden. Doch kurz zuvor zogen die Behörden ihre Erlaubnis zurück. Das OOAM musste in ein Hotel am Stadtrand umziehen. Gleichwohl ist es ein Zeichen für das Erstarren der westafrikanischen Zivilgesellschaft, dass sie eine solche Veranstaltung überhaupt in Lomé durchführen konnte. Unter Gnassingbés Vater und Amtsvorgänger, dem jahrzehntelang herrschenden Diktator Eyedema, wäre es undenkbar gewesen, während eines Staatsbesuchs derart Kritik an der togoischen Führung zu artikulieren.

Migration ist eine Chance

Die Kritik war massiv. Statt etwas gegen das tausendfache Sterben afrikanischer Migranten auf dem Meer zu tun, lasse die AU zu, dass Eu-

ropa die afrikanischen Küsten kontrolliere, schrieb Visions Solidaires in der Einladung. Mit Frontex im Mittelmeer, der französischen Marinemission Corymbe im Golf von Guinea und der Atalanta-Mission im Golf von Aden: Die Regierungen Afrikas würden sich mit dem Valletta-Prozess einmal mehr ihre Politik von der EU diktieren lassen. Dabei würden sie vergessen, dass Migration vor allem „eine Möglichkeit, eine Chance“ sei, sagte Samir Abi von Visions Solidaires zum Auftakt der Konferenz, zu der rund 80 Menschen aus 15 afrikanischen Ländern gekommen waren. Migration zu verhindern werde „Afrika noch weiter zurückwerfen“, sagte Abi.

Menschen, die ins Ausland gehen, würden ihre Länder zum besseren verändern, sagte Mamadou Ablay Bengue aus Dakar. Senegal sei das beste Beispiel dafür. Es sei „ein Land der Migranten“, die aktive Diaspora unterstütze die Entwicklung jedes Jahr mit weit über 100 Dollar an Rücküberweisungen pro Kopf und sichere so die wirtschaftliche Entwicklung.

Ousmane Diarra vom medico-Partner Association Maliennes des Expulsés (AME), dem Verband der Abgeschobenen aus Mali, erinnerte daran, wie Frankreich in den 1990er Jahren eine große Zahl westafrikanischer Arbeitsmigranten aus dem Land warf. Nach Jahren der Erwerbstätigkeit standen sie vor dem Nichts, ihre Familien, die lange von Rücküberweisungen gelebt hatten, litten Not. Jetzt wolle Europa seine Möglichkeiten, Menschen abzuschieben, drastisch ausweiten, sagte Diarra. Bislang war für die Abschiebung ein Pass nötig, den das Herkunftsland eines Migranten ausstellt. Das Abkommen von Valletta sehe nun die Möglichkeit vor, dass die EU selbst ein Laissez Passer genanntes Ersatzpapier ausstelle. Das müssten die afrikanischen Staaten künftig anerkennen und eine Abschiebung zulassen, selbst wenn der Betroffene gar keinen Pass besitze.



„Die Staaten Afrikas dürfen sich nicht auf die EU-Forderungen einlassen“, sagte Ousmane Diarra von der AME.

medico international hatte das Netzwerktreffen unterstützt, weil sich Gegenwehr in Europa und in den afrikanischen Ländern koordinieren muss. „Wir beobachten seit langem, wie Europa seine Grenzkontrolle externalisiert“, so Projekt-Referentin Sabine Eckart in Lomé. Die Folgen dieser Politik zeigten sich mittlerweile überall in Afrika. Migration und Entwicklung seien zwei Seiten derselben Medaille. „Wer sich zum Bleiben entscheidet, soll Verhältnisse vorfinden, in denen er frei leben kann. Wer sich entscheidet zu gehen, muss dies in Sicherheit tun können.“

Das Dilemma der Abwanderung

Migration werde immer nur mit Blick auf die Industriestaaten verhandelt, kritisierte Liepollo Pheko aus Südafrika, Koordinatorin des International Network on Migration and Development. Dabei „spielen sich drei Viertel der afrikanischen Migration auf dem Kontinent ab“, sagte sie. Nur eine Minderheit verlasse Afrika. Die Möglichkeiten für Arbeits- und Bildungsmigration innerhalb des Kontinents müssten verbessert werden. „Warum kann ich mich als Ingenieur aus Togo nicht auch in Nigeria fort-

bilden?“ Sie forderte „in ganz Afrika das Recht zu haben, ein Afrikaner zu sein“. Schließlich erfüllten sich die Hoffnungen vieler Migranten außerhalb Afrikas nicht: „In New York fahren gut ausgebildete schwarze Migranten Taxi, in London machen sie in den Hotels die Betten. Ist das ein besseres Leben?“

Und auch für die Herkunftsstaaten sei der Brain Drain ein Problem, vor allem im Gesundheitssektor. „Zu viele Krankenschwestern ziehen weg“, so Pheko. Sie sprach sich dafür aus, dass gut Ausgebildete zunächst einige Jahre im Land bleiben sollten: „Du gibst uns etwas zurück und dann darfst Du nach Dubai.“ Ihr sei zwar bewusst, dass viele Länder in Afrika auf die hohen Rücküberweisungen von Migrantinnen und Migranten angewiesen seien. Doch viele Regierungen würden so „ihre eigene Verantwortung auf die Diaspora abwälzen. Der Staat unterstellt einfach, dass es dieses Geld gibt, er ruft die Migranten auf, mehr Geld zu schicken, statt sich den Problemen zuzuwenden, wegen derer die Menschen überhaupt gegangen sind.“

Milkay Sinta aus Kenia, Koordinatorin des Panafrican Network in Defense of Migrants Rights nannte Migration einen „natürlichen Weg, nach einem besseren Leben zu suchen“. Trotzdem sollten die Regierungen Bedingungen schaffen, unter denen die Jugend bleiben will. Es sei Aufgabe der Zivilgesellschaft, den nötigen Druck aufzubauen. Deren Stimme aber werde nicht genug gehört. Dies habe sich zuletzt beim großen UN-Migrationsgipfel im September 2016 in New York gezeigt. „Da waren nur sieben Organisationen aus ganz Afrika dabei. Wie sollen wir so mitreden?“



Samir Abi von Visions Solidaires fürchtet, dass die Verhinderung von Migration „Afrika noch weiter zurückwerfen“ wird.

In Mauretanien, Mali, Sierra Leone und seit Kurzem auch in Togo unterstützt medico zivilgesellschaftliche Akteure, die sich für den Schutz und die Rechte von Migrantinnen und Migranten einsetzen. Bei den Partnerorganisationen wächst das Interesse, sich länderübergreifend zu vernetzen – gegen Europas Grenzregime, aber auch gegen die eigenen Regierungen. Daher hat medico auch die Konferenz in Lomé als wichtigen Schritt gefördert, gemeinsam die Stimme zu erheben.

Spendenstichwort: Migration

Probe aufs Exempel

Globale Gesundheit. Kann auch ein Konzern wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt werden? Das Experiment „Monsanto-Tribunal“

Von Christian Sälzer

Kolon Saman war einer der ersten, der in den Zeugenstand trat. In einfachen Worten, aber bestimmtem Ton schilderte der Vorsteher eines Dorfes in Sri Lanka, dass die örtlichen Reisbauern 1984 begannen, das als ungefährliches Wundermittel angepriesene Herbizid RoundUp einzusetzen. Zehn Jahre später fing es an: Bei auffallend vielen Bauern und ihren Familien trat eine chronischen Nierenerkrankung auf. Das setzte Studien in Gang, die abermals zehn Jahre später den Zusammenhang zwischen dem Herbizid und den Erkrankungen nachwiesen. 2011 verbot Sri Lanka als drittes Land der Erde die Nutzung von RoundUp. Den Zehntausenden Betroffenen half das nicht mehr. Deswegen, so Saman, sei er heute hier. Er war nicht alleine. Aus aller Welt waren Menschen zusammengekommen, die auf die eine oder andere Weise mit dem Agrar-Konzern Monsanto konfrontiert waren. Da waren Schweinezüchter und Baumwollbauern, Gesundheits- und Umweltexperten, Pharmakologen und Toxikologen, Anwälte und Regierungsbeamte. Sie alle hatten ihre je eigene Sprache und Geschichte mitgebracht, ein Spektrum so breit wie die Erde groß ist. Jede und jeder berichtete von Schädigungen. Von erkrankten Menschen und verendeten Tieren, von verseuchten Gewässern und ausgelaugten Böden, von Diffamierungen und Gängelungen, von akuten Katastrophen und unabsehbaren Langzeitfolgen.

Im Laufe der Anhörungen wurde aus den individuellen Schicksalen und lokalen Katastrophen eine gemeinsame Stimme: Wir klagen an.

Tatbestand Ökozid

Auf dem Monsanto-Tribunal in Den Haag Mitte Oktober 2016 war drei Tage erlebbar, was der abstrakte Begriff Globalisierung im konkreten bedeutet – im Guten wie im Schlechten. Das Tribunal war kein ordentliches Gerichtsverfahren, stellte ein solches aber mit großer Ernsthaftigkeit und formaler Strenge nach. Es gab Zeugen, Kläger, Gerichtsschreiber und fünf angesehene Juristen auf der Richterbank, etwa Dior Fall Sow, ehemalige Generalanwältin des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda. Organisiert wurde das Tribunal von einer Vielzahl internationaler NGOs und Initiativen. In dem Betroffene aus aller Welt zusammen und zu Wort kamen, sollte die globale Dimension einer zerstörerischen Unternehmenspolitik dokumentiert werden. Mehr noch: Das Tribunal sollte klären, ob sich der Konzern des Verstoßes gegen die fundamentalen Rechte auf eine gesunde Umwelt, Ernährung, Gesundheit sowie Informationen schuldig gemacht hat und ob der Tatbestand eines „Ökozids“ erfüllt ist. Die grundlegenden Fragen dahinter: Kann ein Unternehmen wegen gravierender Menschen-



Quelle: Monsanto-Tribunal

30 Zeugen und Expertinnen aus aller Welt wurden gehört. Nun ist das internationale Richterergremium am Zug.

rechtsverletzungen haftbar gemacht werden? Und ist das internationale Recht bereits robust genug, um es mit einem globalisierten Kapitalismus aufzunehmen?

Sowohl Ort als auch der Angeklagte waren bewusst gewählt. Den Haag ist Sitz des Internationalen Strafgerichtshofes, zuständig für Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Trotz aller Schwächen ist er eine Art Vorbild für einen Gerichtshof, der nicht nur Kriegsverbrecher, sondern auch Wirtschaftsunternehmen auf der Anklagebank platziert. Dass die Initiatoren Monsanto diesen Platz zugewiesen haben, ist kein Zufall: Kein anderes Unternehmen hat sich einen solch miserablen Ruf erwirtschaftet wie der Chemie-, Agrar- und Gentec-Konzern, der jüngst von der Bayer AG übernommen wurde.

In seiner Geschichte hat Monsanto immer wieder so lange Geschäfte mit hochgiftigen und für Mensch, Tier und Umwelt schädlichen Substanzen gemacht, bis er deren Verbot nicht mehr verhindern konnte. So war es mit Weichmachern (PCB), mit T-Säuren – Hauptbestandteil des im Vietnamkrieg eingesetzten Entlaubungsmittels Agent Orange – oder beim Herbizid Lasso. Momentan werden wissenschaftliche und politische Schlachten um die weitere Zulassung des Glyphosat-Produkts RoundUp ausgetragen, das weltweit meistverkaufte Unkrautvernichtungsmittel. Völlig in Verruf geraten ist Monsanto als Marktführer von gentechnisch verändertem Saatgut (GVOs) und dem damit verbundenen Vertriebsmodell. Der Konzern hat in Soja- oder Baumwollpflanzen eine Resistenz gegen RoundUp eingebaut und damit ein unzertrennliches Kombipaket geschaffen: Wer das Saatgut kauft, braucht das zugehörige Herbizid. Durch den

aggressiven Aufkauf anderer Saatguthersteller hat Monsanto vielerorts ein Monopol geschaffen. Marktmacht, Knebelverträge und die Durchsetzung eines Patentschutzes haben lokale Landwirtschaften diesem System unterworfen. In ganz Amerika, Afrika und Asien verbreiten sich so transgene Pflanzen und Monokulturen, die einen beständigen Herbizideinsatz erfordern. Die Umwelt- und Gesundheitsschäden sind eine Folge, gesellschaftliche Verwerfungen andere: Monsanto hat Kleinbauern in eklatante Abhängigkeiten getrieben und die Ernährungssouveränität ihrer Gemeinden zerstört.

Auf dem Tribunal wurden nicht nur diese Praktiken mit jeder Anhörung deutlicher, sondern auch die Schwierigkeiten, das Unternehmen haftbar zu machen. Wie etwa soll der Reisbauer aus Sri Lanka vor Gericht die Verantwortung von Monsanto für eine vor 20 Jahren erfolgte Vergiftung nachweisen – zumal die Gegenseite Heerscharen von Anwälten aufbieten kann? Hinzu kommt die Logik des „selbst wenn“. 2005 verurteilte ein Gericht den Konzern, weil er in Indonesien für die Zulassung seines transgenen Baumwollsaatgutes mindestens 140 Regierungsbeamte bestochen hatte. Der Konzern musste 1,5 Millionen Dollar zahlen. Lächerlich wenig. Für Monsanto ist es weit rentabler, hin und wieder eine Strafe zu kassieren, als seine Geschäftspraxis zu ändern.

Fehlende Rechtsverbindlichkeit

In Den Haag wurden ähnliche Fälle berichtet, die erhellten, warum all die Gifte und Gene überhaupt auf den Markt kommen. Mehrere Wissenschaftler schilderten, wie sie oder Kollegen nach der Veröffentlichung kritischer Forschungsergebnisse massiven Diffamierungskampagnen ausgesetzt waren. Mitarbeiter von staatlichen Aufsichtsbehörden, die die Zulassung von Monsanto-Produkten verweigern

wollten, wurden entlassen oder kaltgestellt. Mit intensivstem Lobbying übt Monsanto weltweit enormen Druck auf Politik und Wissenschaften aus. Zudem hat der Konzern ein Konglomerat aus PR-Firmen und vermeintlich unabhängigen Forschungsinstituten aufgebaut, die er bei Bedarf von der Leine lässt.

Es ist das Verdienst des Tribunals, all das zusammengetragen und öffentlich gemacht zu haben. Die Schlussplädoyers von vier Anwälten zeigten gleichwohl, wie komplex es noch ist, Monsanto wirklich den Prozess zu machen. Zwar gibt es zahlreiche Leitlinien und Prinzipien, auf die man sich berufen könnte, sollte und müsste. Rechtsverbindlichen Charakter aber haben sie kaum. In den kommenden Wochen ist das Richterergremium am Zug. Auf Basis der relativ neuen UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und des Römischen Statuts wird es ein Rechtsgutachten erstellen, das den Vereinten Nationen zugehen wird und in den weltweiten Kämpfen gegen Monsanto & Co. genutzt werden kann. In ihrem Schlusswort betonte die Vorsitzende Richterin Françoise Tulkens, wie wichtig eine Ausweitung der Menschenrechtsnormen auf Fragen der Unternehmenshaftung und Entschädigung im internationalen Recht sind. Was aber müsste passieren, um darin den Straftatbestand des Verbrechens an der Gesundheit von Mensch und Umwelt zu verankern? Tulkens: „Das Recht folgt den Ereignissen. Es wird sich nur durch die Bewegungen der Zivilgesellschaft weiterentwickeln.“ Das Monsanto-Tribunal war ein solches Ereignis.

medico hat sowohl das Monsanto-Tribunal als auch die parallel stattfindende People's Assembly, eine internationale Versammlung von sozialen Bewegungen der Ernährungssouveränität, finanziell unterstützt.

Spendenstichwort: Gesundheit

Windige Geschäfte

Wie Marokko die Rohstoffe der Westsahara plündert – und auch Siemens profitiert

Von Bernd Eichner

Die Leitung zwischen Afrika und Europa gibt es bereits. Doch der Strom in den drei Tiefseekabeln in der Straße von Gibraltar fließt bisher nur in eine Richtung: Mit spanischer Energie werden Stromausfälle in Marokko abgefangen. Das könnte sich jedoch bald ändern. Denn in Zeiten der Energiewende und zur Reduzierung der CO₂-Emissionen lechzt Europa nach grünem Strom und Marokko hat große Ambitionen, der EU solchen zu verkaufen. So präsentiert sich das Königreich auf der Weltklimakonferenz in Marrakesch als Vorreiter für erneuerbare Energien in Nordafrika. Die Sache hat aber einen Haken: Die auf dem Klimagipfel beworbenen Windkraftparks werden nicht nur in Marokko, sondern auch in der Westsahara gebaut. Kein Staat dieser Welt erkennt Marokkos Anspruch auf die einstige spanische Kolonie an, die es seit 1975 völkerrechtswidrig besetzt hält.

In dem zum Klimagipfel erschienenen Bericht „Windige Geschäfte“ analysieren die medico-Partner von Western Sahara Resource Watch (WSRW) Marokkos Pläne, seine nationale Windenergieproduktion bis 2020 zu verdoppeln. 40 Prozent der zusätzlichen Kapazität sollen in den besetzten Gebieten erschlossen werden. Die umstrittene Energieproduktion aus Sonne und Wind in der Westsahara macht schon heute fast 7 Prozent der gesamten marokkanischen Energieproduktion aus. Legal ist das nicht. Im internationalen Recht ist ver-

ankert, dass Geschäfte in einem nicht selbst verwalteten Gebiet wie der Westsahara nicht durchgeführt werden dürfen, es sei denn, die betroffene Bevölkerung des Gebietes stimmt dem zu und profitiert von den Gewinnen. Weder das eine noch das andere ist der Fall. Der Sicherheitsrat der Afrikanischen Union (AU) verurteilte die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen in der Westsahara als „feindlichen Akt, der den Konflikt und den Kolonialismus in der Westsahara aufrechterhält“. Firmen, die in der Westsahara arbeiten, seien in anderen AU-Mitgliedsstaaten nicht mehr willkommen.

Das betrifft auch Siemens. Der Konzern ist neben der italienischen Firma Enel am stärksten in den Bau von Windenergieprojekten in der Westsahara involviert. Beide sind Partnerunternehmen der Energiefirma, die sich im Besitz des marokkanischen Königs befindet – und, welch Zufall, beide haben den Zuschlag für die Westsahara-Aufträge erhalten. „Solche Deals gehen mit einem hohen Preis für den UN-Friedensprozess in der Westsahara einher. Solange der marokkanische König selbst von der Besetzung profitiert, wird er die Bemühungen der UN zur Lösung des Westsaharakonfliktes weiter untergraben“, erläutert Erik Hagen von WSRW. Besonders das Siemens-Projekt in Fom El Qued steht in der Kritik. Die dort gebauten 22 Windräder liefern den Strom für den Abbau von Phosphat und dessen Transport von der Mine



Auch grüne Energie kann schmutzig sein: Protest gegen die Windräder von Siemens in der Westsahara.

zur Küste, von wo der Rohstoff an Düngerproduzenten im Ausland exportiert wird. Auch das ist mehr als fragwürdig – aber lukrativ. Der Wert des Phosphats von drei Schiffsladungen entspricht etwa der Höhe der humanitären Hilfe, die die saharischen Flüchtlinge in einem Jahr erhalten. Dabei sind sie die rechtmäßigen Eigentümer der Rohstoffe.

Angesichts solcher Plünderungen der natürlichen Ressourcen fordert Western Sahara Resource Watch alle involvierten Unternehmen auf, ihre mit der marokkanischen Regierung in Verbindung stehenden Projekte in der Westsahara zu beenden. Auch die klimafreundliche grüne Energie darf Menschenrechte nicht außer Kraft setzen. Erik Hagen: „Saubere Energie muss auch mit sauberen Methoden produziert werden – rechtlich, technisch und moralisch.“

Den vollständigen Bericht „Windige Geschäfte – Was Marokko und Siemens bei der COP22-Klimakonferenz in Marrakesch verheimlichen wollen“ können Sie kostenlos bei medico bestellen oder unter www.medico.de/windigegeschaefte herunterladen

medico steht den saharischen Geflüchteten seit mittlerweile 40 Jahren zur Seite – durch die Stärkung der Selbstverwaltungsstrukturen in den Flüchtlingslagern in der algerischen Wüste. Daneben setzt sich medico gegen die Ausbeutung der Rohstoffe und für die völkerrechtliche Anerkennung der Westsahara ein.

Spendenstichwort: Westsahara

Warum es geschah

Digitale Beweisführung: Die Forschergruppe Forensic Architecture rekonstruiert den Brand in einer pakistanischen Textilfabrik

Wie konnte sich das Feuer in der Textilfabrik Ali Enterprises so schnell ausbreiten? Gab es Fluchtwege und waren sie zugänglich? Welche Brandschutzbestimmungen haben nicht gegreiffen, wurden missachtet oder waren gar nicht existent, obwohl die Fabrik bei einer Kontrolle drei Wochen zuvor als Brandschutzsicher eingestuft worden war? Diese Fragen münden in die entscheidende: Warum gab es bei der Katastrophe am 11. September 2012 im pakistanischen Karatschi für 259 Arbeiterinnen und Arbeiter keine Rettung? Antworten könnte ein neuartiger Ansatz der interdisziplinären Forschergruppe Forensic Architecture geben: Aus Zeugenaussagen, Raumanalysen und Satellitenaufnahmen erstellen sie eine 3D-Video-Simulation, die Aufschluss über den

Brandhergang gibt. Und damit auch Hinweise auf Verantwortlichkeiten und Verantwortliche.

Seit einigen Monaten wird am Landgericht Dortmund über mögliche Entschädigungszahlungen an die Opfer des größten Industrieunfalls in der Geschichte Pakistans verhandelt. Angeklagt ist das deutsche Unternehmen KIK, in dessen Auftrag in der Fabrik Textilien gefertigt wurden. Das Gericht hat darüber zu urteilen, ob das Unternehmen eine Mitverantwortung für die Arbeitsbedingungen und damit auch für einen mangelnden Brandschutz trägt. Die Klage der Selbstorganisation der Hinterbliebenen könnte zum Präzedenzfall für die Unternehmenshaftung in einer globalen Produktion werden. Sie ist von der pakistanischen



Fotos: forensic-architecture.org

Mit solchen 3D-Analysen untersuchte Forensic Architecture Israels Bombenangriffe im letzten Gaza-Krieg.

Gewerkschaft NTUF, der Anwaltsorganisation ECCHR und medico international mit vorbereitet worden. Mit der Londoner Forschergruppe haben die Kläger nun einen weiteren Partner an ihrer Seite.

Das Team aus Architekten, Computerspezialistinnen, Filmemachern, Anwältinnen und Wissenschaftlern hat wiederholt bei Menschenrechtsverletzungen die Beweisführung der Opferseite unterstützt – mit einem Ansatz, der die klassische Forensik in die digitale Ära überführt. Die Gruppe sammelt aus der Vielzahl verfügbarer Datenspuren und Bildaufnahmen – von Satellitenbildern bis Handyfotos – Material und rekonstruiert damit „Tathergänge“. Ihre Videoanalysen, Raummodelle und Simulationen von Abläufen sind deshalb so bedeutsam, weil Opfern vor Gericht nur selten die gleichen Mittel zur Verfügung stehen wie Regierungen, staatlichen Stellen und Militärapparaten. In diesen ungleichen Auseinandersetzungen verleihen die Berichte von Forensic Architecture den Zeugenaussagen mehr Gewicht.

So konnte das Team nachweisen, dass vor fünf Jahren 63 Flüchtlinge vor der libyschen Küste ertrinken mussten, obwohl ihre Notrufe emp-



Karte des Schreckens: Ein „digital mapping“ der Massaker an den Ixil im guatemaltekischen Bürgerkrieg.

fangen worden waren und eine Seenotrettung durch NATO-Schiffe möglich gewesen wäre. Ihre Analysen belegten die zivilen Opfer US-amerikanischer Drohnenangriffe in Pakistan und rekonstruierten die israelische Kriegsführung bei den Bombenangriffen auf Gaza im August 2014. Anhand von Zeugenaussagen und akustischen Erinnerungen konnte Forensic Architecture Licht in die Vorgänge im syrischen Folterzentrum Saydnaya bringen. Ein interaktiver Onlinereport, der die Menschenrechtsverletzungen an den Ixil im guatemaltekischen Bürgerkrieg in den 1980er Jahren kartografiert, wurde in Strafprozessen gegen hochrangige Militärs und Ex-Diktator Ríos Montt verwendet. Nun also Ali Enterprises.

Bei der Analyse des Feuers in der Textilfabrik geht es nicht um Verbrechen staatlicher Institutionen, sondern um die strukturellen Ursachen eines „Unglücks“ in der globalisierten Ökonomie. Im ersten Schritt erstellt Forensic Architecture für den Prozess in Dortmund eine gerichtsverwertbare 3D-Video-Simulation des Brandhergangs. Im Weiteren soll ein Videobereich für Ausstellungen und Veranstaltungen entstehen, der auf die Gefährdung der Millionen Menschen aufmerksam macht, die in Fabriken im globalen Süden ungeschützt für den Weltmarkt produzieren. Schließlich sind die Bedingungen, die bei Ali Enterprise zur Katastrophe geführt haben, nicht die Ausnahme, sondern die Regel.

Christian Sälzer

medico unterstützt die Klage der Hinterbliebenen der Brandkatastrophe gegen KiK und fördert in diesem Zusammenhang auch die Arbeit von Forensic Architecture.

Spendenstichwort: Textil

Im Regen stehen gelassen



Foto: Reuters

Nachhaltigkeit versucht, den Klimawandel abzuwenden, Resilienz, die Folgen überlebar zu machen. Düstere Aussichten für Bangladesch.

Ende der Nachhaltigkeit: Mit dem Resilienzkonzept wird Hilfe zum reinen Krisenmanagement

Von Usche Merk

„Die Kosten humanitärer Krisen eskalieren. Es gibt einen dringenden Bedarf, Menschen und Gemeinden zu helfen, zunehmenden Schocks und Stressoren zu widerstehen und sich davon wieder zu erholen. In anderen Worten, ihnen zu helfen, ihre Resilienz aufzubauen.“ Diese Argumentation des aktuellen „EU-Aktionsplans für Resilienz in krisenanfälligen Ländern 2013-2020“ bringt es auf den Punkt: Resilienz ist zur zentralen Kategorie in nationalen und internationalen humanitären Strategien geworden. Alle wichtigen Akteure – von den Vereinten Nationen und der Europäischen Union (EU) über das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bis zu privaten Hilfswerken und Stiftungen – haben in den letzten Jahren entsprechende Konzepte entwickelt und „Resilienzorientierung“ zum Maßstab ihrer Förderpraxis gemacht. Immer stärker dominiert das Konzept der Resilienz auch Strategien des Krisenmanagements in vormals getrennten Politikbereichen wie Sicherheit, Klimawandel, Naturkatastrophen und Terrorismus. Es ist – so die Wissenschaftler Jeremy Walker und Melinda Cooper – zum „alles durchdringenden Begriff einer Weltordnungspolitik“ geworden. Was steckt hinter dieser Entwicklung? Und welche Folgen hat sie?

Der Aufstieg eines Konzepts

Angesichts der wachsenden Zahl von Katastrophen wurde im letzten Jahrzehnt auch die

Katastrophenvorsorge verändert. Sie ist im Rahmen von UN-Plänen professionalisiert und zu einem eigenständigen Interventionsfeld geworden. Ziel ist, mit Hilfe von systematischer Analyse Risiken zu identifizieren, Frühwarnsysteme und Vorsorge zu etablieren und die Auswirkungen von Katastrophen besser zu managen. Doch im Zuge der immer häufiger auftretenden Katastrophen und der immer feineren Berechnung der Risiken hat sich der Blick verschoben – weg von der Vorsorge und Prävention, die daran interessiert ist, Katastrophen zu verhindern und zu vermeiden; hin zum Management von Katastrophen und zur Anpassung an katastrophengebundene Situationen. In diesem Kontext ist das Konzept der Resilienz hegemonial geworden.

Spätestens seit 2010 lässt sich beobachten, dass nicht mehr Vulnerabilität, also Verwundbarkeit, sondern Resilienz die zentrale Kategorie in der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit darstellt. Statt der Schwächen und Bedürftigkeiten von Menschen und Gesellschaften stehen nunmehr ihre Stärken und Fähigkeiten, mit Katastrophen und Krisen fertigzuwerden, im Zentrum. Diese Verschiebung hat insofern einen emanzipatorischen Gehalt, als sie den Blick auf die Widerständigkeit und die Selbsthilfekräfte von Menschen und Gemeinden lenkt, auf Überlebensstrategien, Handlungsfähigkeit, Selbstermächtigung und Unterstützungsnetzwerke, wie von kritischen NGOs lange gefordert. Sie gelten fortan als zu fördernde Faktoren von Resilienz. Das Paradox dabei: In-

dem mit der Verbreitung des Resilienzkonzepts die lokalen Kapazitäten in Krisenregionen als Ressource des strategischen Krisenmanagements „entdeckt“ wurden, ist der Anspruch, die Krise zu vermeiden, aus dem Fokus gerückt. In der Logik der Resilienz werden Fluten, Dürren, Kriege, Vertreibung, Flucht, Armut lediglich als „Schocks“ und „Stressoren“ wahrgenommen, aber nicht mehr als zu überwindende Ursachen der Krisen. Der Kampf von Menschen, in unmenschlichen Bedingungen zu überleben, wird zum Resilienzfaktor umdefiniert.

Resilienz als Überlebenszwang

Welche Folgen diese Entwicklung zum Beispiel bei Gesundheitskrisen hat, beschreibt die internationale Expertengruppe Topp, Flores, Sriram und Scott in ihrer Analyse so: „Resilienzstärkung scheint kaum eine Untersuchung oder Infragestellung der strukturellen Bedingungen zu beinhalten, die zur Dysfunktionalität eines Gesundheitssystems beitragen, wie historisch koloniale Erbschaften, aktuelle Handelsstrukturen oder Steuersysteme. Der Aufstieg der Hegemonie des Resilienzdiskurses hat es globalen Gesundheitsakteuren ermöglicht, Debatten über langfristige Visionen durch einen aktionsorientierten Diskurs zu ersetzen.“ In diesem Sinne wird die Krise als Normalzustand akzeptiert und hat Resilienz das Konzept der Nachhaltigkeit verdrängt: Während dieses darauf zielt, die Welt wieder ins Gleichgewicht zu bringen, geht es dem Resilienzdiskurs darum, mit einer unausgeglichenen Welt zurechtzukommen.

Die Janusköpfigkeit des neuen Katastrophenmanagements zeigt sich in einer neuen „Rolle“ der hilfsbedürftigen Individuen, Gemeinschaften und Krisenregionen: Die Krisenbewältigung liegt in hohem Maße in ihrer Verantwortung und ihrer Resilienz. Eine Fallstudie der italienischen Wissenschaftlerin Mara Bernadusi über ein re-

silienzförderndes Projekt nach dem Tsunami in Sri Lanka zeigt, wie die Betroffenen damit in eine Falle geraten: Zeigen sie sich nur vulnerabel, unterlaufen sie die Anforderungen der Förderung, ihre Resilienz zu stärken. Zeigen sie sich jedoch zu resilient, übererfüllen sie die Anforderungen und laufen damit Gefahr, als nicht mehr hilfsbedürftig eingestuft zu werden: „Um weitere Hilfe zu erhalten, mussten die Dorfbewohner sorgfältig überlegen, wieviel Resilienz sie zeigen. Sie mussten ‚gerade resilient genug‘ erscheinen, um förderungswürdig zu sein, aber nicht so resilient, um den Anschein der Verwundbarkeit nicht zu gefährden, der nötig ist, um Hilfe zu erhalten. Paradoxerweise war die wichtigste Lektion, die sie lernten, die, wie sie die Position eines ‚guten Produkts des Tsunamis‘ aufrechterhalten.“

Um herauszufinden, wie man eine Gemeinschaft widerstandsfähiger – also resilienter – macht, werden spezifische Messinstrumente eingesetzt. So hat die Europäische Union einen Resilienzmarker entwickelt, an dem der Erfolg von Hilfe gemessen, aber auch der Bedarf festgelegt wird. Auch USAID hat Instrumente ausgearbeitet, durch die Hilfsbedürftigkeit immer kleinteiliger nach unten definiert wird. Die Depth-of-Poverty-Messung bestimmt, wie viel Armut resilient auszuhalten ist. Das Moderate-to-Severe-Hunger-Instrument definiert, ab wann man wirklich verhungert. Die Global-Acute-Malnutrition-Skala zeigt an, ab wann die Unterernährung unter das übliche Maß fällt. Resilienter zu werden gerät so zum Zwang und Resilienzförderung wird zum Kontroll- und Selektionsinstrument von Hilfe. Der humanitäre Imperativ, allen, die in Not sind, zu helfen, wird damit im Kern infrage gestellt.

Mit dem Resilienzkonzept wird auch ein Paradigmenwechsel in der humanitären Finanzierung eingeläutet. Die zu Recht kritische Debatte über die Trennung von humanitärer Hilfe und

Entwicklungszusammenarbeit sowie der Mangel an Koordination zwischen humanitären Akteuren dienen als Legitimation, um das ganze System in Frage zu stellen. Exemplarisch dafür steht der Aktionsplan für Resilienz in krisenanfälligen Ländern, den die Europäische Union entwickelt hat. Die Neudefinition des Umfangs humanitärer Bedürfnisse und somit des Anspruchs auf Hilfe erlaubt es, verschiedene EU-Programme zu Katastrophenvorsorge, Klimawandelanpassung, Sozialem Schutz, Ernährungs- und Nahrungsmittelsicherheit unter dem Querschnittsprinzip Resilienz zusammenzuführen – und damit Mittel zu kürzen. Auf einer Tagung über Resilienz, auf der Hilfswerke der Vereinten Nationen, die Europäische Union und das Entwicklungshilfeministerium (BMZ) vertreten waren, fielen bspw. solche Sätze: „Menschen und Gemeinden müssen lernen, aus eigener Kraft Krisen zu überwinden und sich schneller berappeln“; „Sie sollen ‚dürre-resilienter‘ werden“; oder „Wie kann man die Bedürfnisse verringern, um Kosten zu dämpfen?“. Diese Aussagen machen deutlich, was das Querschnittsprinzip Resilienz in der Praxis bedeutet: die Verantwortung für die Folgen von Krisen wird an die Betroffenen abgewälzt.

Katastrophenvorsorge als Geschäft

Gleichzeitig öffnet sich die humanitäre Hilfe zunehmend der Privatwirtschaft. Überall wird um den privaten Sektor als vierter Säule neben Staat, Zivilgesellschaft und Wissenschaft geworben. Und diese hat die Katastrophenvorsorge als neues Geschäftsfeld entdeckt. Im Jahr 2015 kamen 70 bis 80 Prozent der Neuinvestitionen im Bereich der „Disaster Risk Reduction“ aus der Privatwirtschaft. Internationale Foren wie das „Global Disaster Relief Summit“ bringen UN-Organisationen, Weltbank, Sicherheitsberater, Finanzdienstleister, Stiftungen, USAID und große Hilfswerke mit privaten Investoren zu-

sammen, die von Fahrzeugen, Logistikprodukten, Kommunikation, Sicherheitstechnologie bis zu Pharmaprodukten alles verkaufen, um aus einer Katastrophe ein neues Geschäftsmodell mit „Resilienzdividende“ zu machen. Eine NGO-Studie belegt detailliert, wie der Wiederaufbau nach dem Taifun Yolanda auf den Philippinen 2013 zum Experimentierfeld für private Investitions- und Profitmöglichkeiten wurde. Statt „Building back better“, wie das Wiederaufbauprogramm genannt wurde, verschlechterte sich für viele arme Menschen die Situation dramatisch, während sich für Privatunternehmen im Bergbau, Agrar- und Tourismussektor ganz neue Geschäftsmöglichkeiten ergaben.

Die Konjunktur des Resilienzkonzepts repräsentiert eine neoliberale Wende in der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit. Es darf aber nicht darum gehen, lediglich die „Resilienz“ von Menschen und Gemeinden zu stärken, die ohnehin schon all ihre Widerstandskräfte, Netzwerke und Kreativität aufbringen, um in katastrophalen Zeiten zu überleben. Lokale Akteure brauchen Ressourcen und Unterstützung, um die Verantwortlichen von Krisen an deren Bewältigung zu beteiligen. Mit seiner Tendenz, emanzipatorische Konzepte zu vereinnahmen, kann das Resilienzkonzept nicht innerhalb des eigenen Diskurses infrage gestellt werden. Daher braucht es eine Bewegung von außen, die sich der Entwicklung verweigert, die Praxis kritisch überwacht und Ansätze verteidigt, die noch Alternativen zur Logik der permanenten Krise entwickeln will.

Dieser Text ist eine gekürzte Fassung des Beitrags „Überleben in der Dauerkrise“, der in dem medico-Band „Fit für die Katastrophe?“ erscheinen wird. Siehe Seite 47.

Mehr zum Thema auch in einem Dossier unter www.medico.de/resilienz

Auf Solidarität gebaut

Die medico-Stiftung fördert so viele Projekte wie nie zuvor

Nun wird es wirksam und sichtbar. In den vergangenen Jahren ist das Vermögen der Stiftung medico international durch großzügige Zustiftungen deutlich gewachsen. Dadurch konnte sie im laufenden Jahr insgesamt elf Projekte mit einer Gesamtsumme von 280.000 Euro unterstützen; so viele und so viel wie nie zuvor. Zu den geförderten Projekten gehört die Bundesschule der brasilianischen Landlosenbewegung, das Freedom Theater in den besetzten Gebieten im Westjordanland und das El Nadeem Center, das in Kairo Opfern von Folter juristischen und psychosozialen Beistand bietet. Entgegen der allgemeinen „Stiftungskrise“ kann die medico-Stiftung ihren satzungsgemäßen Zielen weiterhin und sogar in wachsendem Umfang nachkommen. Tatsächlich leiden kleine Stiftungen unter dem dauerhaft niedrigen Zinsniveau deutlich mehr als die durch das Zutun vieler getragene Gemeinschaftsstiftung von medico. „Zugute kommen uns unsere auf Nachhaltigkeit und Langfristigkeit ausgerichteten Anlagekriterien, das vergleichsweise große Vermögensvolumen und nicht zuletzt die Zuwächse der letzten Jahre“, erklärt der zuständige medico-Mitarbeiter Jens-Alexander von Bargaen.

Die zweite Auswirkung des gewachsenen Stiftungsvermögens ist nun auch physisch sichtbar. Die Stiftung hat im Frankfurter Osten ein Grundstück erworben, auf dem in den vergangenen Monaten der Rohbau des künftigen me-

dico-Hauses errichtet wurde. Am 24. November [knapp nach Redaktionsschluss] wurde Richtfest gefeiert. Im Herbst 2017 wird medico – sowohl der Verein als auch die Stiftung – hier ein neues Zuhause finden, und mit ihnen Projekte und Initiativen, die in ihrer Arbeit für ähnliche Ziele streiten. So ist bereits klar, dass die Evangelische Wohnraumhilfe, die zurzeit vor allem mit der Unterbringung von Geflüchteten beschäftigt ist, einziehen wird. Projekte, die sich z.B. um die psychosoziale Betreuung von Flüchtlingen kümmern, werden folgen. Das Gebäude macht die Stiftung unabhängiger vom Kapitalmarkt, die Mieterträge kommen gemeinnützigen Zwecken zu gute. Damit ist das Fundament der Arbeit von medico solider geworden, was eine Projektförderung auf hohem Niveau dauerhaft gewährleistet. Die Idee, der zerstörerischen Kraft der herrschenden globalen Verhältnisse eine Insel der Vernunft entgegenzustellen, nimmt weiter Gestalt an. Weitere Zustiftungen sind willkommen.

Unter www.stiftung-medico.de findet sich ein Interview über die Frage, warum Zustiftungen an die medico-Stiftung trotz Niedrig- und Minuszinsen sinnvoll und notwendig sind.

Save the date: Das nächste Symposium der medico-Stiftung wird am Freitag, den 9. Juni 2017 im Haus am Dom in Frankfurt stattfinden. Genauere Infos folgen.



Fotos: Weibernjüng & Cie.

Es wächst: das von der Stiftung getragene neue medico-Haus von Januar bis November 2017.

medico aktiv



CC-BY-SA Heinrich-Böll-Stiftung, Fotograf: Stephan Röhl

Für legale Wege

Tagung: Flüchtlingshilfe in Europa und Mittelamerika

Durch die Abschottung der Außengrenzen werden die Migrationsrouten immer gefährlicher und die Gewalt gegen Migrantinnen und Migranten nimmt zu – diese Entwicklungen sind sowohl in den USA als auch in Europa zu beobachten. Hier wie dort haben sich allerdings auch zivilgesellschaftliche Netzwerke herausgebildet, die sich gegen das Grenzregime zur Wehr setzen und „das Recht auf legale Wege“ verteidigen. Dies war auch der Titel der Tagung, die medico international gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung, dem Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung und borderline europe am 18. Oktober 2016 in Berlin ausrichtete. Gekommen waren auch medico-Partnerorganisationen aus beiden Kontinenten. So berichteten die Initiativen Moving Europe und Sea Watch von europäischer Solidaritätsarbeit zwischen Balkanroute und

Mittelmeer. Fray Tomás González, Leiter der Migrantenerberge „La 72“ in Tenosique, und Marta Sánchez (oben im Bild) vom Movimiento Migrante Mesoamericano stellten ihre Arbeit in Mexiko vor. Sánchez schilderte eindrucksvoll, wie die solidarische „Karawane der mittelamerikanischen Mütter“ in Mexiko jedes Jahr aufs Neue nach Migranten sucht, die auf dem Weg nach Norden verschwunden sind. Die Karawane macht diese Tragödie sichtbar und habe gleichzeitig aus trauernden Angehörigen starke Menschenrechtsaktivisten werden lassen. Europa solle aus den mexikanischen Fehlern lernen: Statt Migranten solle es die Fluchtursache des neoliberalen „Selbstmordmodells“ bekämpfen.

Mehr zur Tagung unter www.medico.de/migration

Verteidiger schützen

Bundestag: medico-Stellungnahme im Menschenrechtsausschuss

Seit einigen Jahren wächst der Druck auf zivilgesellschaftliche Akteure, die sich für den Schutz der Menschenrechte einsetzen. Ende September 2016 hat sich auch der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des deutschen Bundestages des Themas angenommen. Einer der vier geladenen Sachverständigen war medico-Geschäftsführer Thomas Gebauer. In seiner Stellungnahme zeigt er die alarmierende Tendenz auf, von der auch viele medico-Partner betroffen sind: Von Restriktionen bis hin zu offener Gewalt – unter Druck gesetzt werden Gruppen, die sich um den Schutz der Bürger- und Freiheitsrechte kümmern, aber auch Akteure, die für die Verwirklichung wirtschaftlicher, so-

zialer oder kultureller Rechte eintreten. „Wer in Honduras für Landrechte streitet, sich in Äthiopien gegen sozial und ökologisch unverträgliche Rohstoffextraktionsprojekte engagiert oder in Südasien für bessere Arbeitsbedingungen im Textilsektor eintritt, muss mit Gefahren für Leib und Leben rechnen.“ Neu sei, dass vielerorts nicht einmal mehr die Registrierung von NGOs und Hilfswerken ein sicheres Arbeitsumfeld bietet. Gebauer formulierte auch Forderungen an die Bundesregierung: keine Doppelstandards, keine schmutzigen Deals – wie sie aktuell im Zuge der Flüchtlingsabwehr mit Staaten in Nord- und Ostafrika geschlossen wurden – und eine Verankerung der eigenen Leitlinien im politischen Alltag. „Leitlinien nutzen wenig, wenn sie keine Anwendung finden, weil ihnen wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen entgegenstehen.“

Brain-Drain stoppen

„Krankes System?\": Plattform-Tagung zu Globaler Gesundheit

Perspektiven für eine gerechte Gesundheitspolitik zu entwerfen – das war das Ziel der Fachtagung „Krankes System?“, die im Oktober 2016 in Berlin stattfand. Veranstalter war die von medico mit ins Leben gerufene Plattform für Globale Gesundheit, einem Zusammenschluss aus Wissenschaft, Gewerkschaft, Sozialverbänden und NGOs. Desmond McNeill von der Universität Oslo zeigte auf, wie gewaltsame Konflikte, die Gefährdung der Ernährungssicherheit und Freihandelsabkommen Gesundheitsrisiken weltweit erhöhen und ungleicher verteilen. Hierzu trägt auch die Privatisierung des Gesundheitsbereichs bei. Das gilt vor allem im globalen Süden, aber – hierauf wies Knut Lambertin vom DGB hin – auch hier-

zulande würden Kosten immer mehr auf die Patienten verlagert. Hinzu kommt: Die Löhne im Gesundheitssektor sind so gering, dass der Personalmangel durch gezielte Abwerbung von Fachkräften aus dem Süden ausgeglichen wird, wie Heino Güllemann von der Stiftung Umverteilen berichtete. Das hat dramatische Folgen. So arbeiten weit mehr sierra-leonische Ärztinnen und Gesundheitsarbeiter im Ausland als im Land selbst – ein Mangel, der die Ausbreitung von Ebola vor Ort verschärft hat. In dem aktuellen Papier „Brain-Drain“ macht die Plattform Deutschlands Beitrag zu einem globalen Gesundheitsskandal öffentlich und fordert das Ende der Abwerbepaxis.

Das Papier kann bei medico bestellt oder unter www.medico.de/gesundheit abgerufen werden. Hier wird in Kürze auch eine Dokumentation der Konferenz zu finden sein.



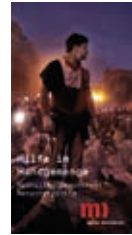
1



2



3



4



5



6



7



8

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Sie finden hier eine Auswahl der Materialien, die medico mit viel Sorgfalt erstellt und zu Informations- und Bildungszwecken kostenfrei (mit einigen gekennzeichneten Ausnahmen) zur Verfügung stellt. Sie helfen medico und den Projektpartnern sehr, wenn Sie zur Weiterverbreitung dieser Materialien beitragen! Machen Sie Arbeitskolleginnen, Freunde, Bekannte auf das rundschreiben-Abonnement, die medico-Stichworte, die Kampagnenflyer aufmerksam!

Die vollständige Liste unserer Materialien steht im Internet bereit: Unter www.medico.de/material finden Sie die hier abgebildeten und alle weiteren Publikationen zum Bestellen oder Herunterladen. **Für Nachfragen stehen wir Ihnen gerne unter Tel. (069) 944 38-0 zur Verfügung.**

Materialliste:**1 stiftung medico international**

[28 S.] Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international.

2 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft

[24 S.] Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen inklusive weiterführender Adressen.

3 medico-Jahresbericht 2015

[44 S.] Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht

4 Hilfe im Handgemenge

[Faltblatt] Partnerschaft braucht Solidarität: medico international kurz vorgestellt – mit Projektbeispielen aus Israel/ Palästina, Guatemala, Simbabwe, Somalia, Südasien und Zentralamerika. Auch zum Weiterverteilen.

5 Das Recht zu bleiben, das Recht zu gehen

DIN A1-Plakat zum Thema Flucht und Migration. Dazu gibt es einen Flyer mit medico-Projektbeispielen.

6 Warum Menschen fliehen

[32 S.] Mit dieser Broschüre möchten wir dazu anregen, bei der Rede über Fluchtursachen und ihre Bekämpfung genau hinzuhören. Wir möchten Material liefern für informierte, reflektierte und engagierte Beiträge zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Flucht und Migration. Herausgegeben von medico international und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

7 Recht auf Profit?

[32 S.] Warum schädigt neoliberaler Freihandel die Gesundheit? Welche Erfahrung mit Freihandelsabkommen und ihren gesundheitlichen Auswirkungen gibt es bereits? Diese und viele andere Fragen beantwortet die Broschüre „Recht auf Profit?“, herausgegeben von medico international und dem Forum Umwelt und Entwicklung.

8 Umkämpfte Psyche

[Faltblatt] In Zeiten des globalen Kapitalismus gerät die therapeutische und psychosoziale Arbeit unter den Druck von Standardisierung und Effizienzdenken. Eine Handreichung zu einer anderen emanzipatorischen Haltung und Praxis. Natürlich kostenlos.

Ohne Abb.: Flyer „Cool, aber tödlich“ mit Aufklebern

4-seitiger Flyer mit jeweils 6 Stickern. Eine Aktion der Kampagne für Saubere Kleidung und medico international.

Ich bestelle:

_____ Broschüre: stiftung medico international

_____ Broschüre zu Testament und Erbschaft

_____ medico-Jahresbericht 2015

_____ Faltblatt: Hilfe im Handgemenge

_____ DIN A1 Plakat: Für das Recht zu bleiben

_____ Faltblatt: Für das Recht zu bleiben

_____ Broschüre: Warum Menschen fliehen

_____ Broschüre: Recht auf Profit?

_____ Flyer Umkämpfte Psyche

_____ Flyer + Aufkleber: Cool, aber tödlich

Anzahl

_____ Name

_____ Straße

_____ Ort

_____ Meine Spendennummer

Ich möchte:

kostenlose Materialien bestellen

**dass einmalig eine
Spende in Höhe von _____ € von
meinem Bankkonto abgebucht wird.**

_____ IBAN

_____ BANK

_____ BIC

_____ Datum

_____ Unterschrift

**Bitte einsenden an
medico international**

Burgstraße 106

**D-60389 Frankfurt am Main
oder faxen an [069] 43 60 02**

Spendeninformation

Die Hilfe, die medico im weltweiten Handgemenge leistet, braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen.

Spenden und Schenken – Sie können die Arbeit von medico durch Spenden unterstützen. Freie Spenden ohne Stichwort sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Projektpartner hierdurch unabhängig arbeiten und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Projektland oder Thema als Stichwort versehen. Dann verwenden wir Ihren Beitrag ausschließlich für entsprechende Projekte. Nutzen Sie auch Anlässe wie Geburtstage, Hochzeiten und andere Feste und unterstützen Sie medico! Sie können selbst eine Spende verschenken oder sich Spenden statt Geschenken wünschen.

Fördermitgliedschaft – Die regelmäßigen Beiträge unserer Fördermitglieder ermöglichen medico, langfristige und verbindliche Projektkooperationen einzugehen und sichern die Unabhängigkeit unserer Arbeit. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei mindestens 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro.

Spendenquittung – medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist Ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir Ihnen eine Spendenbescheinigung. Haben Sie mehr als einmal im Jahr gespendet oder spenden Sie regelmäßig, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Spendenkonto – medico international,
Spendenkonto BIC: HELADEF1822,
IBAN: DE21 5005 0201 0000 0018 00



Zustiftungen – Die stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens Projekte von medico. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: Es gibt verschiedene Formen, zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen.

Haben Sie Fragen? Wir helfen gerne weiter.

Marek Artl und Tanja Villinger

Allgemeine Anfragen, auch Beratung zur Fördermitgliedschaft und Spenden zu einem Jubiläum, Geburtstag, Trauerfall o.ä.
Tel.: (069) 944 38-0 | E-Mail: info@medico.de

Gudrun Kortas

Beratung zu Spendenaktionen für einzelne Projekte, Zustiftungen oder Testamentsspenden,
Tel.: (069) 944 38-28 | E-Mail: kortas@medico.de

Eine Bitte: Informieren Sie uns, wenn sich Ihre Adresse oder Bankverbindung ändert, unter Nennung Ihrer alten Anschrift. So bleiben wir in Verbindung.

Vielen Dank, dass Sie unsere Arbeit mit Ihrer Solidarität unterstützen.

www.medico.de/spenden

Impressum

Herausgeber:
medico international
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt am Main
Tel. (069) 944 38-0, Fax (069) 436002
E-Mail: info@medico.de
Homepage: www.medico.de

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),
Thomas Gebauer, Christian Sälzer
Korrektorat: Marek Artl
Gestaltung und Satz: Andrea Schuldt

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

Resilienz in der Traumabehandlung, beim Schutz vor Klimawandel und Terrorismus, Resilienz beim Aufbau von Gesundheitssystemen: Fast scheint es, als wäre ein Allheilmittel gegen alle Krisen der heutigen Welt gefunden. Zunehmend wird das Resilienzkonzept jedoch zur paradoxen Rechtfertigung, gesellschaftliche Verantwortung in die Sphäre des Privaten abzudrängen. Die Idee der Resilienz wird mehr und mehr von einer Politik vereinnahmt, die gar nicht mehr den Anspruch erhebt, Alternativen zur herrschenden Krisendynamik zu denken. Die Autorinnen und Autoren untersuchen diese Entwicklung aus der Perspektive der Psychologie, Pädagogik, Sicherheitspolitik, Ökologie, humanitären Hilfe und Migrationsforschung.

„Fit für die Katastrophe? Kritische Anmerkungen zum Resilienzdiskurs im aktuellen Krisenmanagement“

Hg. medico international

Der Band erscheint im Frühjahr 2017 im Psychosozial-Verlag.



BASF und Bayer haben in Brasilien Pestizide mit Wirkstoffen verkauft, die in der EU verboten sind. Gegen VW do Brasil laufen Ermittlungen wegen der Kollaboration mit der einstigen Militärdiktatur. Das Stahlwerk von Thyssen-Krupp verursacht gravierende Umwelt- und Gesundheitsschäden. Und, und, und. In diesem in Kooperation von medico international und der Rosa-Luxemburg-Stiftung veröffentlichten Buch wird die Geschichte von Menschen in Brasilien erzählt, deren Existenz auch durch das Profitstreben der deutschen Konzerne bedroht ist – und welche Formen des Widerstands es gegen die Konzernmacht gab und gibt.

„Abstauben in Brasilien. Deutsche Konzerne im Zwielficht“ von Christian Russau

Hg. medico international und Rosa-Luxemburg-Siftung
VSA-Verlag, 2016, 16,80 €

Wir müssen neu beginnen.

Nach Trump müssen wir neu beginnen. Wir müssen uns eine politische Orientierung geben, die über die Welt von heute hinausweist. Es geht nicht einfach darum, Widerstand zu leisten oder etwas auszuhandeln. Wir müssen einen Anfang machen, und mit der Frage nach dem Anfang kehrt der wirkliche Widerspruch zurück, kehrt eine wirkliche Wahl, eine wirklich strategische Entscheidung über die Zukunft der menschlichen Wesen zurück. [...] Die Wiederkehr der Politik ist notwendigerweise die Wiederkehr einer wirklichen Alternative.

Alain Badiou



medico international